Donnerstag, 29. August 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 200 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Dm. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Weinskandal: Das von der Wiener Regierung geplante „schärfste Weingesetz Europas" droht am Widerstand der oppositionellen Volkspartei (ÖVP) zu scheitern. Nach der für heute erwarteten Verabschiedung im Parlament muß das Gesetz von der Länderkammer gebilligt werden, in der die ÖVP die Mehrheit hat. (S. 18)

Korea: Im Streit sind in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang die Verhandlungen zwischen Rotkreuzvertretern beider Koreas über Familienzusammenführung zu Ende gegangen. Anlaß war ein Protest der südkoreanischen Delegation gegen eine angeblich militaristische Vorführung im Sportstadion.

Südafrika: Mit massivem Einsatz haben die Sicherheitskräfte einen verbotenen Protestmarsch zum Gefängnis des Schwarzenführers Mandela bei Kapstadt verhindert. Polizei und Soldaten gingen mit Tränengas und Vogelschrot vor. (S. 5)

Spionage: In der Bundesrepublik ist erneut ein „DDR"-Agent enttarnt worden. Der Mann, bei dem es sich um einen langjährigen Bekannten eines Mitarbeiters des Verfassungschutzamtes in Köln handelt, hat sich bereits nach Ost-Berlin abgesetzt. Unter Spionageverdacht wurden zwei deutsche Ehepaare in London und Luzern festgenommen.

Strauß: Der bayerische Ministerpräsident trifft am Sonntag nachmittag, nach der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse, mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker zusammen, bestätigte die Staatskanzlei in München.

Amerikas Arme: Die Zahl der US-Bürger, die als arm eingestuft werden, ist im vergangenen Jahr um 1,8 Millionen gesunken – der signifikanteste Rückgang seit zehn Jahren. Dennoch leben immer noch 33,7 Millionen Menschen oder 14,4 Prozent der Bevölkerung unter der amtlichen Armutsgrenze. (S. 10)

Was ist los mit den Deutschen?

Sind Angst, Mißmut und Unzufriedenheit Merkmale, mit denen sich die Deutschen von ihren Nachbarn unterscheiden? Diese Fragen beantwortet der amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Walter Laqueur in einer Deutschland-Analyse, deren wichtigste Teile die WELT vorab veröffentlicht. Die fünfte Folge der Serie trägt den Titel: „Sag mir, wo die Proletarier sind . . ." Seite 7

WIRTSCHAFT

Steuern: Die zweite Stufe der beschlossenen Steuersenkung 1986/88 sollte um ein Jahr auf den 1. Januar 1987 vorgezogen werden, um die Wachstumsdynamik in der deutschen Wirtschaft zu stärken, fordert der Bundesverband Deutscher Banken. (S. 11)

Preisverfall: Die Benzinpreise rutschen weiter. Gestern wurden sie unter scharfem Wettbewerbsdruck erneut um bis zu fünf Pfennig zurückgenommen.

Bayer: Der Weltumsatz stieg im ersten Halbjahr 1985 um 12,3 Prozent auf 24,6 Milliarden DM, der Gewinn vor Steuern um 16 Prozent auf 1,73 Milliarden. (S. 12)

Börse: Trotz Gewinnmitnahmen präsentierten sich die deutschen Aktienbörsen in einer freundlichen Verfassung. WELT-Aktienindex 207,14 (206,42). Nach zweitägiger Konsolidierungspause wartete der Rentenmarkt wieder mit Kursgewinnen auf. BHF-Rentenindex 105,375 (105,291). Performance-Index 107,445 (107,330). Dollar-Mittelkurs 2,7683 (2,7770) Mark. Goldpreis je Feinunze 340,90 (336,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



❞ Mir scheint es ganz wichtig zu sein, daß die DDR begreift, daß ihre Lebensgrundlagen genauso gefährdet sind wie unsere, ja noch mehr. Sie sollte deshalb eigentlich ein großes Interesse daran haben, Mittel und Wege zu finden, um mit uns über die Reinhaltung der Elbe zu verhandeln ❞

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (S. 4)

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

KULTUR

Bauhaus: Ein ganze Epoche des Bauens muß sich plötzlich die Überprüfung durch Fachleute gefallen lassen. Die Hinterlassenschaften des Bauhauses und seiner Nachahmer zeigen gravierende Mängel. Für viele der kranken Bauten heißt die Alternative: Sanieren oder Abreißen. (S. 17)

Edinburgh Festival: Drei Wochen lang wird nun wieder musiziert, gesungen, Theater gespielt, diskutiert und experimentiert. Nicht versäumen sollte man drei Ausstellungen in den nationalen Galerien, die sich mit der gemeinsamen schottisch-französischen Geschichte befassen. (S. 17)

SPORT

Olympia: IOC-Präsident Samaranch hat die Organisatoren der Olympiastadt Seoul aufgefordert, die Austragung von olympischen Wettbewerben in Nordkorea ernsthaft zu prüfen.

Stadion: Unbekannte haben in Nizza einen Schaden von 400 000 Mark angerichtet. Sie zerstörten Rohrleitungen und elektrische Anlagen. An die Wände schrieben sie: „Hitler, unser Vater."

AUS ALLER WELT

Urteil: Im Prozeß um die Entführung des Verleger-Enkels Axel Sven Springer hat das Kantonsgericht Graubünden in Chur den 22jährigen Deutschen Thomas Hägin zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. (S. 18)

Flugverkehr: Zu stundenlangen Verzögerungen kam es gestern auf den britischen Flughäfen, nachdem die Luftfahrtbehörde eine unverzügliche Untersuchung aller bei der britischen Zivilluftflotte eingesetzten Pratt-and-Whitney-Triebwerke angeordnet hatte. (S. 18)

Wetter: Freundlich, kaum Niederschlag. 21 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

NATO-Botschafter Wieck soll Hellenbroich ablösen

Verhaftete Sekretärin Höke nahm an geheimer Stabsrahmenübung teil

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern erste Konsequenzen aus dem Übertritt des leitenden Verfassungsschutzbeamten Tiedge in die „DDR" gezogen. Nach mehrstündigen Beratungen mit Innenminister Friedrich Zimmermann und dessen Staatssekretär Hans Neusel sowie nach einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten schien sich Kohl entschlossen zu haben, den bisherigen Botschafter bei der NATO in Brüssel, Hans-Georg Wieck, als Nachfolger Heribert Hellenbroichs zum neuen Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu berufen. Eine endgültige Entscheidung soll allerdings erst heute vormittag fallen. Auch Wieck selbst wird sich dann erst zu seiner möglichen neuen Verwendung äußern.

Bundesinnenminister Zimmermann legte dem Kanzler gestern einen umfangreichen und detaillierten zweiten Bericht über die Vorgänge im Bundesamt für Verfassungsschutz im Zusammenhang mit dem Fall Tiedge vor. Der Inhalt des Aktenordners ist als „Geheim" eingestuft. Meldungen von Nachrichtenagenturen über den angeblichen Inhalt des Berichts wurden deshalb im Innenministerium in den Bereich der Spekulation gerückt. Der Kanzler beauftragte Zimmermann, „Maßnahmen zur Verbesserung der Organisation und Arbeitsweise" des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zu ergreifen.

Der Schaden durch den Spionagefall im Präsidialamt scheint größer zu

SEITE 2:
Der Hut des Ministers
SEITE 3
Das schwierige Amt

sein als zunächst vermutet. Die Sekretärin Margarete Höke hatte nicht nur Zugang zu Lageberichten aus deutschen Botschaften im Ausland, sondern offenbar auch zu Kabinettsprotokollen und zu zahlreichen vertraulichen und geheimen Dokumenten. Nach der WELT vorliegenden Informationen hat Frau Höke im Frühjahr 1983 auch als Sekretärin des „Übungs-Bundespräsidenten" an der geheimen Stabsrahmenübung Wintex '83 teilgenommen. Sie bekam damit zwei Wochen lang im sogenannten „Regierungsbunker" im Ahrtal Einblick in alle Abläufe eines eventuellen Konfliktmanagements der Bundesregierung.

In der parteipolitischen Diskussion um den Fall Tiedge wiederholte die SPD gestern ihre Forderung nach dem Rücktritt von Bundesinnenminister Zimmermann. Der Vorsitzende der am Dienstag ausführlich informierten Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, hatte unmittelbar nach der vertraulichen Sitzung die Entlassung Zimmermanns unter anderem mit dem Hinweis auf den Rücktritt des SPD-Verteidigungsministers Georg Leber 1978 begründet. Dem widersprach der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, entschieden. Gegenüber der WELT sagte er, wenn die SPD Vergleiche mit dem Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Leber konstruiere, so müsse an die wahren Gründe erinnert werden: Leber „hatte sich um den im Sommer 1976 aufgedeckten äußerst schwerwiegenden Verratsfall Lutze/

● Fortsetzung Seite 10

USA: Fall Tiedge ohne Einfluß auf SDI

Gespräche über Beteiligung Bonns wie geplant / Informationsfluß in der NATO beeinträchtigt

DW. Washington

Angesichts der jüngsten Spionagefälle in der Bundesrepublik Deutschland hat Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) gestern in Washington der amerikanischen Regierung größtmögliche Sicherheitsbemühungen der deutschen Behörden für den Geheimschutz im eigenen Land und im NATO-Bereich zugesagt. Wörner erklärte nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Weinberger, die Bundesregierung werde alles in ihren Kräften stehende tun, um den Schutz der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und der NATO zu gewährleisten.

Die beiden Minister waren nach Angaben Wörners zu einem Meinungsaustausch über die beiderseitige militärische Zusammenarbeit und das amerikanische Forschungsprogramm für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem (SDI) zusammengekommen. Im Mittelpunkt des Interesses standen aber vor allem die Auswirkungen der jüngsten Spionagefälle. Auf die Frage von Journalisten, welche Zusicherungen die Bonner Regierung hinsichtlich des NATO-Geheimschutzes geben könne, antwortete Wörner: „Wir werden alles tun, was uns möglich ist, um auszuschließen, daß sich so etwas wiederholen kann. Ich kann jedoch nur bekräftigen, daß sich derartige Fälle in allen Ländern ereignen." Unglücklicherweise sei die Bundesrepublik Bedrohungen dieser Art in besonders starkem Maße ausgesetzt.

Das US-Außenministerium hatte bereits zuvor erklärt, die jüngsten Spionagefälle in Bonn hätten eine mögliche Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das SDI-Projekt nicht beeinträchtigt. Der Sprecher des Ministeriums, Charles Redman, bestätigte, daß die aus der Bundesrepublik erwartete SDI-Delegation wie geplant im September in die USA kommen werde.

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der Fall des in den Osten übergelaufenen deutschen Regierungsdirektors im Bundesamt für Verfassungsschutz, Hans Joachim Tiedge, ist nach Darstellung informierter Kreise nicht ohne Rückwirkung auf den Nachrichtenfluß in der NATO geblieben. Washington zögert, sensitive Informationen aus dem sogenannten Intelligence-Bereich an das Bündnis weiterzugeben, obwohl NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers bei seiner eigenen Regierung immer wieder darauf gedrungen hat, die Allianz-Partner vorbehaltlos über wesentliche Erkenntnisse der Vereinigten Staaten zu unterrichten.

Jetzt aber liegen Anzeichen dafür vor, daß nach dem Fall Tiedge und dem Verschwinden anderer Personen aus der Bundesrepublik Deutschland die Kreise in Washington an Einfluß gewonnen haben, die seit langem die Ansicht vertreten, daß den europäischen Sicherheitsapparaten nicht zu trauen sei. Das schließt nach Brüsseler Erkenntnissen auch Großbritannien ein, das in der Vergangenheit immer wieder von Spionage-Skandalen erschüttert wurde.

Die Zurückhaltung von Informationen spielt sich nicht so ab, daß man die Deutschen gesondert vom Nachrichtenfluß ausschließt. Vielmehr wird aus Gründen der Höflichkeit wichtiges amerikanisches Infor-

■ Fortsetzung Seite 10

US-Senator bringt Gorbatschow einen Brief Reagans

dpa, Washington

Der demokratische US-Senator Robert Byrd ist nach Moskau gereist, wo er dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow einen Brief von Präsident Ronald Reagan überbringen soll. Die von Byrd geleitete Delegation, der Senatoren beider Parteien angehören, will gegenüber der sowjetischen Führung die Auffassung vertreten, daß bei Rüstungskontrollvereinbarungen „beide Seiten geben und nehmen müssen".

Byrd will in Moskau nicht die von den USA erhobene Beschuldigung ansprechen, die Sowjets hätten zur Überwachung amerikanischer Diplomaten in Moskau einen möglicherweise krebserregenden Markierungsstoff eingesetzt. Einem Team von vier Experten des Nationalen Gesundheitsinstituts der USA (NIH) und der Umweltschutzbehörde (EPA), das zur Untersuchung dieser Vorgänge ebenfalls nach Moskau reiste, hat die Sowjetunion die Einreisevisa erteilt.

Südafrikas Börsen schließen wegen Währungsschwäche

Fu. London

Die südafrikanische Börse in Johannesburg ist bis Anfang nächster Woche geschlossen. Der Handel mit Wertpapieren und Devisen wurde eingestellt. Damit versucht die Regierung Südafrikas den panikartigen Abfluß von Kapital nach der Verschärfung der innenpolitischen Lage zu bremsen. Auch die Wertpapierbörsen in Düsseldorf und München setzten gestern den Handel mit südafrikanischen Wertpapieren aus. Das weltweit schwindende Vertrauen in die Regierung Botha hat zu einer drastischen Abwertung des Rand geführt: Sein Wert fiel am Tage vor der Einstellung des Devisenhandels gegenüber dem US-Dollar von 39 auf 35,4 Cents, den bisher tiefsten Stand. Noch vor einem Jahr wurde der Rand mit 78 Cents gehandelt. Inzwischen kursieren in Johannesburg Gerüchte über die bevorstehende Wiedereinführung von Devisenkontrollen.

Seite 11: Schwere Kursverluste

Walesa ruft zur Bildung von Basisgruppen auf

DW. Warschau

Der Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, hat die polnischen Arbeiter aufgerufen, in den Betrieben Basisgruppen zu bilden. „Im jetzigen Stadium unserer Aktivitäten brauchen wir keine Millionen Demonstranten, die gegen die Polizei kämpfen, sondern kleine Gruppen denkender Menschen mit weitem Horizont, die langsam, aber wirkungsvoll konkrete Programme erarbeiten", sagte er. Walesa kündigte an, daß er anläßlich des fünften Jahrestages der Gründung der „Solidarität" am 31. August ein umfassendes Programm für die Rechte der Arbeiter in den Betrieben vorlegen werde. Er verlangte gemeinsam mit 53 anderen prominenten Mitgliedern der Gewerkschaft die Freilassung von Tadeusz Jednynak, einem im Untergrund tätig gewesenen Arbeiterführer. Gegen Jednynak läuft ein Militärgerichtsverfahren wegen angeblichen Hochverrats.

Bonn will für deutsche Sprache werben

BERNT CONRAD, Bonn

Die deutsche Sprache hat es nicht leicht in der Welt. Zunehmend wird in allen Erdteilen die Chance genutzt, sich grenzüberschreitend auf Englisch zu verständigen. Darum haben viele Länder an ihren Schulen die zweite Pflichtsprache neben Englisch abgeschafft. Leidtragende sind vor allem der Deutsch- und Französisch-Unterricht. Konkrete Folge: Heute lernen nur noch rund 15 Millionen ausländische Schüler Deutsch; 1979 waren es noch 16 bis 17 Millionen.

Angesichts dieser Entwicklung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl schon in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 die Parole ausgegeben: „Wir werden neue Anstrengungen unternehmen, um die deutsche Sprache im Ausland wieder mehr zu verbreiten." Konkrete Schlußfolgerungen sind in einem vom Auswärtigen Amt verfaßten „Bericht der Bundesregierung über die deutsche Sprache in der Welt" enthalten, den das Bundeskabinett jetzt gebilligt und dem Bundestag zugeleitet hat.

War die Förderung des Deutsch-Unterrichts im Ausland bisher im wesentlichen darauf beschränkt, den Bedarf zu decken, so soll die in dem Bericht angekündigte „aktive Sprachpolitik" künftig darauf abzielen, Bedarf zu wecken. Das heißt, ausländischen Regierungen soll vor Augen geführt werden, wie vorteilhaft es für sie wäre, Deutsch, wenn nicht als Pflichtfach, so doch wenigstens als Wahlfach an ihren Schulen einzuführen oder beizubehalten.

Parallel zu diesen politischen Bemühungen soll bei Schülern, Eltern und Lehrern für Deutsch als lernenswerte Fremdsprache geworben werden – auch mit Hilfe moderner Medien, wie des Fernsehens.

Aber wer Bedarf wecken will, darf sich nicht auf Anpreisungen beschränken, sondern muß selbst sachliche Voraussetzungen für das Lernen und Lehren schaffen. Deshalb will das Auswärtige Amt ausländischen Partnerländern bei der Entwicklung von Lehrplänen und Lehrmaterial, sowie bei der Aus- und Fortbildung von Lehrern helfen. Gleichzeitig soll der Sprach- und Literaturunterricht an den Goethe-Instituten und deutschen Auslandsschulen und durch die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) an ausländische Universitäten entsandten Lektoren ausgebaut werden.

„Muttersprachlich deutsche Bürger anderer Staaten" will das Auswärtige Amt in dem Bemühen unterstützen, für sich selbst und ihre Kinder deutsche Sprache und Kultur lebendig zu erhalten. Besonders in Osteuropa stehen dem allerdings erhebliche Hindernisse im Wege.

Regionale Schwerpunkte der deutschen Sprachpolitik sollen Europa, Nordamerika und Ostasien bleiben.

DER KOMMENTAR

Die Konsequenz

HERBERT KREMP

Die Entlassung Heribert Hellenbroichs aus dem Amt des BND-Chefs war unvermeidlich – aber nicht wegen der Amtserrettung des Bundesinnenministers Zimmermann. Die Sündenbockvermutung, zu der in der Bundesrepublik die öffentliche, mehr noch die veröffentlichte Meinung neigt, ist, wie die letzten Tage zeigten, provinziell und parteikariert. Ein hoher Beamter, der zu verantworten hat, was im Fall Tiedge geschehen ist, kann nicht an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes stehen, der auf enge und vertrauenvolle Zusammenarbeit mit den vergleichbaren Diensten im Bündnis angewiesen ist. Der Präsident dieser Einrichtung ist dafür eine zu wichtige Figur in der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes.

Dieser Gesichtspunkt wird in der innenpolitischen Aufregung leicht übersehen. Politiker (verschiedener Couleur) tun so, als handele es sich bei der Krise im Nervensystem der Spionageabwehr um ein Internum, das Internisten zu behandeln hätten. Weit gefehlt: Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, auf den Atlantikpakt gegründet, wird aktuell durch einen kreisenden Informationsstrom gewährleistet, der sich auch aus den Quellen der Geheimdienste speist. Wenn es nun der Gegenseite gelingt, an einer bestimmten Stelle immer wieder Wasser abzugraben, kommt der Kreislauf ins Stocken. Die Leute an den undichten Stellen gelten dann im Bündnis als „unsichere Kantonisten".

Die Informationen, ihr Transfer im Bündnis, die gemeiname Analyse der Daten sind für die Sicherheit des Westens, mithin für unsere eigene Sicherheit so wichtig, daß ein schwaches Glied in der Kette nicht akzeptiert werden kann. Jedes Mitglied des Bündnisses hat die Gemeinschaftspflicht, den eigenen Geheimdienst intakt und integer zu halten. Das ist eine schwierige Pflicht, weil die östlichen Geheimdienste den Agentenangriff naturgemäß gegen die dünnste Stelle des gegnerischen Systems richten. Sie arbeiten mit gewaltigem Aufwand, ohne jede Skrupel und mit allen Chancen, die offene, liberal verfaßte Länder Operationen aus dem Dunkeln bieten. Die Bundesrepublik ist davon betroffen. Nach zahlreichen schweren Spionagefällen in deutschen Diensten und Ämtern hat der Tiedge-Skandal das Vertrauen im Westen gestört, vermutlich sogar erschüttert.

Hellenbroich hatte im Fall Tiedge viel gewagt und dabei das Entscheidende verloren: die unantastbare Autorität und den Ruf der Kompetenz, die der Chef des Bundesnachrichtendienstes vorzuweisen hat.

In Genf warnt Carstens Christen vor „zweierlei Maß"

Rede vor dem Lutherischen Weltbund teilweise entschärft

DW. Genf

Der frühere Bundespräsident Professor Karl Carstens hat in einer Rede vor dem Lutherischen Weltbund und dem Weltkirchenrat den Prognosen eines nuklearen Untergangs widersprochen, wie sie im Zusammenhang mit der Abschreckungsstrategie auch von namhaften Repräsentanten der Kirchen aufgestellt wurden. Carstens setzte sich vor allem mit der These des Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker auseinander, daß die Gefahr einer atomaren Katastrophe immer größer werde. Der ehemalige Bundespräsident hielt von Weizsäkker vor, nicht rationale Argumente für seine Ansicht zu liefern, sondern sich nur auf sein Gefühl zu berufen.

Voraussagen eines nuklearen Untergangs unterliegen, so Carstens, einer Verwechslung: Zwar werde im Falle eines Atomkrieges das Ausmaß einer Katastrophe immer größer, die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem dritten Weltkrieg komme, nehme aber „angesichts der steigenden Schreckensvisionen" sogar wahrscheinlich ab. Die Bergpredigt verbiete nicht, das Leben anvertrauter Menschen vor gewaltsamer Auslöschung zu schützen. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre in Europa könne man davon ausgehen, daß die gegenseitige nukleare Vernichtungsfähigkeit „die bestmögliche, ja sogar die einzige Garantie für die Bewahrung des Friedens" sei. Wo es keine gegenseitige atomare Abschreckung gäbe, sei es zu Kriegen gekommen. Leichtfertig mit dem Frieden in Europa gehen nach Carstens Auffassung vor allem diejenigen um, die vom Westen einen einseitigen Verzicht auf Atomwaffen verlangten.

Zum Eintreten für die Menschenrechte sagte Carstens, Christen müßten „durch die Macht des Wortes, durch unser Gebet und durch praktische Hilfe" gegen die Unterdrükkung der Freiheit in aller Welt angehen. Carstens: „Das Schaurigste an Unterdrückung, Mord und Terror, das wir in den letzten 40 Jahren erlebt haben, hat sich in Kambodscha ereignet, und die Christen, die immer wieder und mit Recht die Zustände in Südafrika kritisieren, haben wenig Aufhebens davon gemacht." Man müsse sich „davor hüten, mit zweierlei Maß zu messen". Befreiungsbewegungen können sich nach Carstens Auffassung nicht auf den Widerstand gegen Hitler berufen, wenn sie „Terror und Gewalt gegen Unbeteiligte und Wehrlose zur Erreichung ihrer politischen Ziele anwenden". Der Weltkirchenrat unterstützt unter anderem militante Unabhängigkeitsbewegungen im südlichen Afrika über den Sonderfonds seines Antirassismus-Programms.

Carstens hatte nach epd-Informationen seine Rede an mehreren Stellen verändert. Ursprünglich habe der ehemalige Bundespräsident scharfe Vorwürfe gegen die „DDR", den Ostblock allgemein und die politische Betätigung von Pastoren vorgesehen gehabt, die „dem Stil des Lutherischen Weltbundes nicht entsprechen", wie die kirchliche Agentur den bayerischen Landesbischof Hanselmann zitierte.

Seite 6: Auszüge aus der Rede

Weinberger stoppt das Luftabwehrsystem „Divad"

1,8 Milliarden Dollar waren bereits investiert

SAD, Washington

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat das Luftabwehrsystem „Divad" gestoppt, für das bereits 1,8 Milliarden Dollar ausgegeben worden waren. Das System, so der Minister, werde angesichts der Entwicklung einer neuen sowjetischen Hubschrauber-Generation den gestiegenen Anforderungen nicht mehr gerecht. Die modernen sowjetischen Hubschrauber seien in der Lage, Bodentruppen und Panzer mit weitreichenden Raketen zu bekämpfen, ohne sich in die Reichweite der 40-Millimeter-Kanonen des „Divad"-Systems zu begeben, die unzuverlässig und ihr Geld nicht wert seien. Das Radar dieses Systems soll nicht einmal fähig gewesen sein, auf der Stelle schwebende Hubschrauber auszumachen. Kritiker beklagten auch seit langem, daß „Divad", von dem US-Armee bereits 65 Einheiten besitzt, bei Zieltests mehrfach weitgehend versagte. Es sei bereits vorhandenen Luftabwehrwaffen keinesfalls überlegen. Die bereits ausgelieferten Systeme sollen zerlegt und ihre Teile verwertet werden.

Eine „Divad"-Einheit besteht aus zwei von der Schweizer Firma Oerlikon gelieferten Kanonen, die auf einen M-48-Panzer montiert sind, und die von computergesteuerten Radargeräten gelenkt werden. „Divad" (Divisional Air Defense) wird von „Ford Aerospace" hergestellt. Diese Firma war schon vorher in Schwierigkeiten geraten: Ihr wurde vorgeworfen, dem Pentagon über viele Jahre hinweg überhöhte Kosten angerechnet zu haben. Das ursprüngliche Programm, das vor mehr als zwei Jahren entworfen worden war, sah die Lieferung von insgesamt 618 Einheiten vor, die 4,5 Milliarden Dollar (12,5 Milliarden Mark) kosten sollten.

Weinberger bestand darauf, daß die US-Streitkräfte weiterhin dringend ein neues Luftverteidigungssystem auf Divisionsebene benötigten. Er habe deshalb Anweisung erteilt, in kürzester Zeit nach Alternativen zu suchen. Dabei sollten auch europäische und kanadische Waffensysteme in Betracht gezogen werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Stabile Mark

Von Peter Gillies

Wer die Wirtschaft eines Landes und mit ihr dessen soziale und politische Struktur zerschlagen will, braucht sich nur einer bombensicheren Methode zu bedienen: der Inflation. Die Deutschen wissen aus ihrer Geschichte, daß dieses – anfangs süße – Gift eine Volkswirtschaft ins Mark trifft. Die schleichende, trabende und schließlich galoppierende Geldentwertung entmutigt Investoren, zerrüttet Finanzsystem und Vertrauen, erzeugt Arbeitslosigkeit und schreiendes soziales Unrecht. Sie macht, salopp gesprochen, die Reichen reicher und die Armen ärmer. Inflationspolitik ist die klassische Form der Umverteilung „von unten nach oben".

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung ist es nicht zu begreifen, daß die in der Bundesrepublik erreichte Geldwertstabilität so gering geschätzt wird. Zwar beträgt die Preissteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr derzeit noch rund zwei Prozent, aber ihr Verlauf während der letzten Monate ergibt absolut stabile Preise. Gäbe es auf diesem Gebiet eine Olympiade, hätten sich Deutschland und Japan die Goldmedaille zu teilen. Das vorzügliche Bild einer stabilen Währung wird derzeit auch nicht durch Inflationserwartungen getrübt, denn die Einfuhrpreise beispielsweise fielen im Sommer aufgrund der starken Deutschen Mark.

Stabilität ist ein Muskelbildner für die Wirtschaft. Er verstetigt den Konjunkturaufschwung, macht Löhne und Renten wertvoller – wirkt also sozial befriedend –, bremst den Kostenauftrieb und verbessert damit die Chancen auf mehr Beschäftigung. Mancher Hausfrau geht auch heute noch der Stoßseufzer „Alles wird teurer" leicht über die Lippen. Das mag für das eine oder andere Produkt auch stimmen, aber im Durchschnitt der Lebenshaltungskosten trifft dies nicht mehr zu.

Das Ziel stabiler Kaufkraft (mit dem wohltuenden Nebeneffekt sinkender Zinsen) ist durch die geschickte Geldpolitik der Bundesbank, durch die beharrliche Konsolidierung der Staatsfinanzen, aber auch durch den Wettbewerb der Unternehmen erreicht worden. Die Gewerkschaften, ohne deren Mitwirkung es verfehlt worden wäre, dürfen mit diesem Pfunde ruhig wuchern. Es dient nämlich den Arbeitnehmern. Oder, wie der frühere Bundesbankpräsident Emminger es formulierte: Stabilität ist Vollbeschäftigung für morgen.

Deutsche Krieger in Angola?

Von Monika Germani

Während der Westen gebannt auf Südafrika blickt, hat der Ostblock still sein Engagement in Angola erhöht. Wenige Tage vor der Konferenz der Blockfreien (2. bis 7. September) in Luanda ist eine sowjetische und kubanische Spezialeinheit in der angolanischen Hauptstadt eingetroffen, die die Konferenzteilnehmer vor Anschlägen der antikommunistischen Guerrilla der Unita schützen soll. Die Unita hatte bereits Kämpfe mit der Spezialeinheit.

Seit fast zwei Jahren beunruhigt die Unita mit sporadischen Anschlägen die Regierung Dos Santos. Jonas Savimbis Kämpfer haben lautlos die Außenbezirke von Luanda erreicht. Der Kreml hat das nicht übersehen.

Er schickte immer mehr Kriegsmaterial – gegen Bezahlung, auch aus den Einkommen der US Gulf Oil in Cabinas – nach Angola: Panzer, Raketen und Artillerie, mehr als zwanzig MiG-21-Kampfflugzeuge, einige MiG-23 mit einer Reichweite bis zu Savimbis Hauptquartier Jamba im Südosten des Landes. Und vor allem die bisher nur in Afghanistan eingesetzten MiG-24-Kampfhubschrauber. Es gibt Hinweise, daß sie mit Ostdeutschen, Russen, Bulgaren und Kubanern bemannt sind.

Die 30 000 Kubaner spielen in Angola weiterhin eine wichtige Rolle in der Sicherung dieser Bastion. Kubas Außenminister Isodoro Malmierca erklärte letzte Woche in Harare, sein Land sei durch die Präsenz der südafrikanischen Truppen in Namibia und deren Eindringen nach Angola gezwungen, die Anzahl seiner Truppen dort zu erhöhen. Malmierca hatte im Juni vor dem UNO-Sicherheitsrat den völligen Abzug der Südafrikaner aus Namibia und ein Ende jeder Unterstützung für „konterrevolutionäre Banden" der Unita gefordert und weiterhin Hilfe für die Swapo zugesagt.

Die Sowjetunion hat offenbar ein wesentliches Interesse am südlichen Afrika mit seinen Rohstoffen für den Westen, außerdem kann es – nach Ansicht des Kremls – wohl nicht schaden, mit Soldaten in der Nähe einer Region präsent zu sein, von der man hofft, daß sie instabil wird.

Kein Mittelamerika-Konzept

Von Günter Friedländer

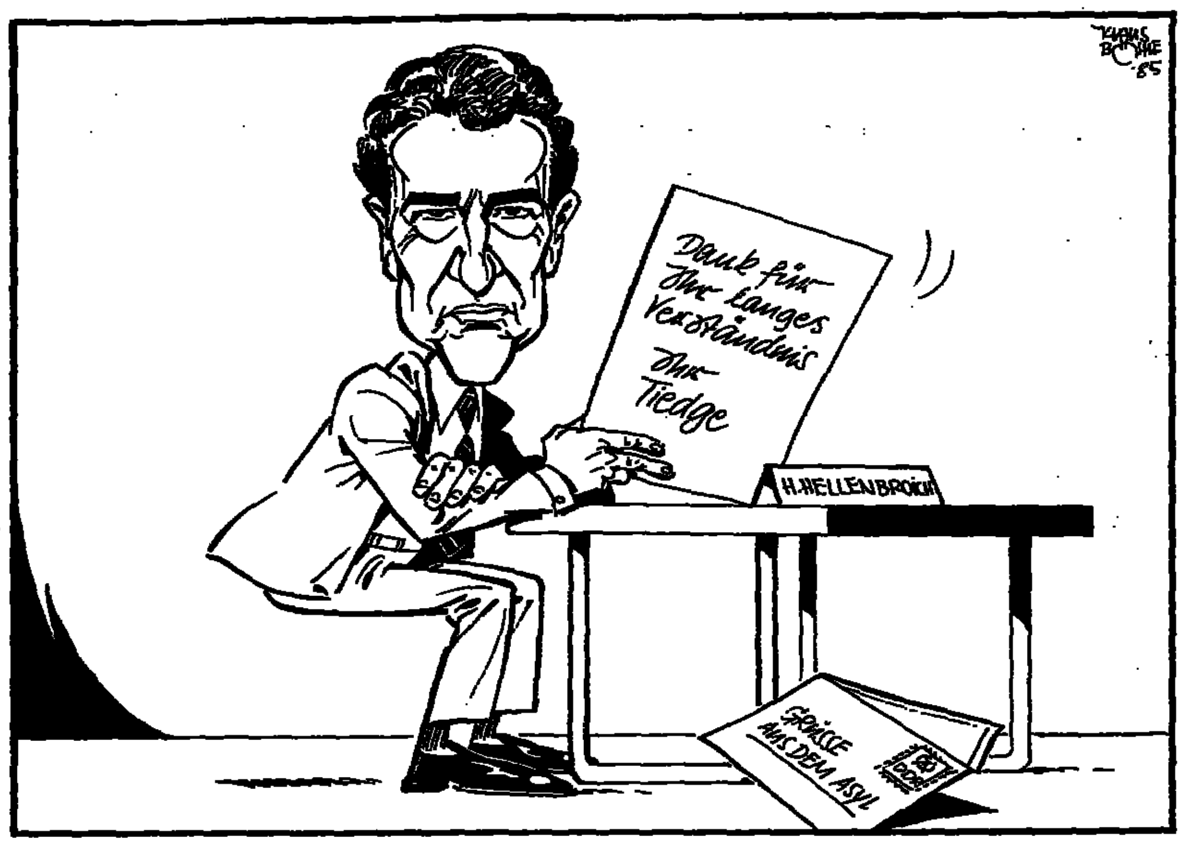
In Cartagena, Kolumbiens karibischem Hafen, trafen sich die Contadora-Außenminister (Kolumbiens, Mexikos, Panamas und Venezuelas) mit ihren Kollegen aus Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay. Nachdem Contadora zwei Jahre vergeblich an einem Friedensplan für Mittelamerika gearbeitet hatte, suchte man „irgendeine Art Hilfe", wie Kolumbiens Außenminister Ramirez Ocampo es ausdrückte, und prompt erhielten die vier hinzugekommenen Länder den Namen einer „Hilfsgruppe".

Ob sie allerdings irgend etwas ändern kann, ist sehr zweifelhaft. Der wirkliche Grund des Scheiterns der Contadora-Länder ist das Fehlen einer klaren US-Politik für diesen Raum. Wenn es sie im Weißen Haus gibt, wird sie nicht akzentuiert: selbst Reagan spricht von der notwendigen Liquidierung der kommunistischen Regime in Kuba und Nicaragua, versichert zugleich aber, daß die USA dabei keine Waffen gebrauchen werden, während seine Regierung in Nicaragua die Contras unterstützt, die dem Land mit Gewalt eine Demokratie geben wollen.

Dabei üben der Kongreß und mächtige Fürsprecher ultraliberaler Kreise so erfolgreich Druck auf die Regierung aus, daß niemand weiß, wohin der Weg führt. Dazwischen hört man in Washington Lippenbekenntnisse zur Contadora-Diplomatie, an die niemand recht glaubt.

Während der bisherigen Amtszeit Reagans hat die Lateinamerika-Abteilung des State Department drei Chefs gehabt: der erste war Haigs Mann, Thomas Ender, heute Botschafter in Spanien, der zweite Langhorne Motley, einst Botschafter in Brasilien, der keine kohärente Mittelamerika-Politik durchsetzen konnte. Der dritte ist Elliot Abrams, der kein Außenpolitiker ist und seinen Mitarbeiterstab erst organisieren muß.

Die Krise in Mittelamerika ist unlösbar, solange die USA nicht die Führungsrolle spielen, die Freund und Feind von ihnen in diesem Raum erwarten, der nun einmal ihr Einflußgebiet ist. Nur ein Machtwort aus Washington kann dort zur Ruhe führen. Eine Flucht aus dieser Verantwortung kann es nicht geben.



Sitzengelassen KLAUS BÖHLE

Der Hut des Ministers

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Zum Rollenspiel in der parlamentarischen Demokratie gehört es, daß Themen der Regierung oft die Nicht-Themen der Opposition sind und umgekehrt. Das neueste Beispiel: die politische Verantwortlichkeit eines Ministers. Seit gestern wird auch die Verantwortung des Bundeskanzlers ins Feld geführt. Tiedge und kein Ende.

Nach den Regeln des eingefahrenen Rollenspiels konnte es gar nicht ausbleiben, daß die Opposition sich des lupenreinen Prinzips der „politischen Verantwortung" bemächtigt. Zimmermann soll zurücktreten, und wenn er es nicht tut, soll Kohl „die Konsequenzen in seinem Kabinett" ziehen, fordert die SPD.

Mit Vorsatz mobilisiert die Opposition den preußischen Wurzelgrund im Unterbewußtsein der Deutschen. Zwar ist Preußen zerschlagen; aber die Vorstellung von der preußischen Achtbarkeit lebt fort, und damit die Elle der Staatsräson immer dann, wenn Regierende an sie zu erinnern sind. Im Spionage-Fall Tiedge & Co soll das heißen: Unabhängig von persönlicher Schuld oder Unschuld trägt der Bundesinnenminister die politische Verantwortung für den Bundesverfassungsschutz, und darum muß er seinen Hut nehmen. Vor Zeiten, besser: in anderen Zeiten galt das so. Aber heute?

Halten wir uns an Helmut Kohl. Er wäre kein guter Kanzler, hätte er den Angriff der SPD nicht erwartet. Schließlich war auch er einmal der Oppositionsführer und erinnert sich, in artverwandter Situation nicht weniger schneidig zur Attacke geblasen zu haben. Folglich hat der Kanzler die heranstiebende Kavallerie der Opposition schon abgeschlagen, noch ehe diese gestartet war, und das mit einem einzigen Argument: Wenn man bei den personellen Konsequenzen über die Ahndung konkreter Versäumnisse hinaus überreagiere, räume man gegnerischen Geheimdiensten eine operativ nutzbare „Abberufungsmöglichkeit" politisch Verantwortlicher in Bonn ein, indem sie gezielt Agenten ansetzten. Soll heißen: Wird der Begriff der politischen Verantwortung überstrapaziert, verschafft man dem Generaloberst Markus Wolf, seit Jahrzehnten der gewiefte Spionageschef der „DDR", die Möglichkeit, diesen oder jenen Minister aus dem Bonner Kabinett herauszukatapultieren. Wie erinnerlich, ist das sogar schon einem Bundeskanzler passiert.

Noch ehe Hans-Jochen Vogel das altpreußische Prinzip wie eine Kanone in Stellung brachte, hat Kohl das pragmatische Prinzip der Güterabwägung aufgefahren. Durfte er das, ohne den demokratischen Grundkonsens über den Haufen zu werfen? Er durfte, und zwar genau mit dem Argument, das er verwendete, obschon es ein fürchterliches Argument ist. Besagt es doch, der Kanzler traue es dem Spionagekünstler Wolf durchaus zu, in Bonn an jeder Stelle, die er sich heraussucht, einen Spion unterzubringen. Die bittere Erfahrung spricht für diese Einschätzung Kohls. Um so mehr ist es geboten, der „DDR" keine Chance zu geben, mit Bonner Ministerköpfen zu kegeln.

Im Grunde kann auch die SPD das gar nicht anders sehen. Es ist unmöglich, daß sie die Infamie Ost-Berlins verdrängt hätte, den Spion Guillaume ausgerechnet jenem sozialdemokratischen Kanzler unterzuschieben, der die Verträge mit dem Osten abgeschlossen hatte. In seinem Rücktrittsbrief an den Bundespräsidenten schrieb Willy Brandt im Mai 1974, er übernehme die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre Guillaume. Mit subjektiver Berechtigung hat er sich gegen den Vorwurf gewehrt, erpreßbar geworden zu sein. Objektiv lag der Fall jedoch so, daß Ost-Berlin dank der Informationen des Spions auch über das Privatleben hätte versucht sein können, den Kanzler unter Druck zu setzen. Dem wollte Brandt weder das Amt noch sich selbst aussetzen, und das ehrt ihn.



Preußen im Unterbewußtsein: der Adler des Bundestages FOTO: DPA

Bei dieser Sachlage könnte Zimmermann dem Kanzler ohne Risiko den Rücktritt anbieten. Kohl würde ihn aus dem dargestellten Grund nicht annehmen, ganz zu schweigen von den politischen Weiterungen, die eine solche Veränderung im Kabinett nach sich zöge. Es ist schon schlimm genug, daß der „DDR"-General Wolf es zustande gebracht hat, die Führung unserer Geheimdienste durcheinanderzuwirbeln.

Aber das hält die SPD keineswegs davon ab, ihr Schattenboxen mit homerischem Feldgeschrei aufzuführen, fuchst es sie doch unendlich, daß die Koalition es fertiggebracht hat, dem Schicksal des „Sommertheaters" auf erstaunlich disziplinierte Weise zu entrinnen. Zu diesem Schattenboxen gehören alle Vergleiche mit früheren Fällen, mit denen die Opposition Kohl und Zimmermann in die Enge zu treiben sucht. Das Argument, Georg Leber sei in ähnlicher Lage als Verteidigungsminister zurückgetreten, sticht nicht.

Nehmen wir Leber zum Zeugen: Er hat nicht wegen eines Spionagefalls seinen Hut genommen, sondern weil der MAD 1976 zehn Tage lang das Frankfurter Büro des „Kommunistischen Bundes" mit einer Wanze belauscht hatte. Er habe geglaubt, sagte Leber seinerzeit, die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 des Grundgesetzes sei nicht berührt, er habe sich aber belehren lassen müssen, daß auch das Büro der Privatsphäre zugerechnet werde, die im Grundgesetz als „Wohnung" bezeichnet sei. Leber „gab seinen Auftrag zurück", weil „die Verfassung verletzt worden" ist. Hut ab vor dem Mann. Doch Zimmermann befindet sich nicht in vergleichbarer Lage.

So bleibt am Schluß diese Frage: Wie vereinbart es Willy Brandt mit seinem honorigen Rücktritt als Kanzler im Jahre 1974, daß er ausgerechnet unter dem Eindruck der gegenwärtigen Spionage-Affäre bekanntmacht, er werde am 18. September mit dem obersten Nutznießer des Spions Guillaume, mit Honecker, zusammentreffen? Auch in der Politik gibt es Stilfragen, und die Vertrauenswürdigkeit eines Politikers hängt nicht zuletzt davon ab, wieviel Wert er ihnen beimißt.

IM GESPRÄCH Hans-Georg Wieck

Genügend Ost-Erfahrungen

Von Bernt Conrad

Ein Spitzendiplomat als Chef des Bundesnachrichtendienstes – damit hat sich Helmut Kohl etwas Neues einfallen lassen. Aber der bisherige NATO-Botschafter Hans-Georg Wieck kommt nicht als Greenhorn nach Pullach: Er kennt Osteuropa auf das genaueste, ist mit Fragen der militärischen Strategie und Planung vertraut und gilt im außen- wie im sicherheitspolitischen Bereich als ein exzellenter Analytiker. Das sind, auch wenn der siebenundfünfzigjährige Hamburger noch nie Agenten geführt hat, gute Voraussetzungen für die Leitung des BND.

Nach dem Studium der Geschichte, der Philosophie und des Öffentlichen Rechts und der Promotion zum Dr. phil. an der Universität Hamburg 1952 hatte es zunächst so ausgesehen, als ob Wieck die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen würde. Doch 1954 zog es den politisch engagierten Doktor in den Diplomatischen Dienst.

Nach Anfangsstationen in Antwerpen und London kam er von 1957 bis 1959 als Angehöriger des Referats Sowjetunion im Auswärtigen Amt zum erstenmal mit einer der beiden Materien, die ihn bis heute nicht loslassen – mit dem kommunistischen Osten – in nähere Berührung. 1958 gehörte er der Delegation an, die in Moskau unter Führung des Botschafters Lahr das Konsularabkommen aushandelte.

Es folgten wichtige Jahre an der deutschen Beobachter-Mission bei der UNO in New York und an der Botschaft in Washington, die Wiecks Blick nach Westen weiteten. Dann wandte er sich 1965/66 mit der stellvertretenden Leitung des für Berlin und Deutschland als Ganzem zuständigen AA-Referats und der Mitabeit in der Bonner Vierergruppe wieder dem spannungsgeladenen Verhältnis zum Osten zu.

Inzwischen war Außenminister Gerhard Schröder auf den nicht nach vorn drängenden, aber Kompetenz und Sachlichkeit ausstrahlenden Norddeutschen mit der Neigung zur CDU aufmerksam geworden. Er berief ihn 1966 zum Leiter seines Ministerbüros und war so mit ihm zufrieden, daß er ihn wenig später beim Überwechseln ins Verteidigungsministerium in gleicher Funktion mitnahm.



Der neue BND-Chef Wieck FOTO: WEREK

Hier kam die zweite für Wiecks weiteren Weg entscheidende Materie, die Verteidigungspolitik, in sein Blickfeld. Und auch hier reüssierte er derart, daß der sozialdemokratische Verteidigungsminister Helmut Schmidt es nach Bildung der SPD/FDP-Koalition 1969 für selbstverständlich hielt, den parteipolitisch Andersdenkenden erst als stellvertretenden Leiter, später als Chef des Planungsstabes zu halten. Wiecks Sinn für Strategie, seine analytische Begabung und seine Gelassenheit bestätigten Schmidts Entscheidung.

1974 kehrte der „ausgeliehene Militärpolitiker" wieder in die Diplomatie zurück. Der schwierige Botschafterposten in Teheran ließ seine Talente nicht rosten. Drei Jahre später konnte er dann, als Botschafter nach Moskau versetzt, seine langjährigen ostpolitischen Erfahrungen im unmittelbaren Kreml-Kontakt erneuern.

Wiecks Entwicklung blieb kontinuierlich: 1980 bescherte ihm das Glück des Tüchtigen mit der Berufung zum Botschafter beim Brüsseler NATO-Rat wieder die Beschäftigung mit seinem zweiten Lieblingsbereich, der Verteidigungsstrategie. Die Realisierung des von ihm mit zu verantwortenden Doppelbeschlusses wurde auch für den überzeugten Atlantiker Wieck zu einer Bewährungsprobe. Er hat sie bestanden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Darmstädter Echo

Es schreibt zum Tempolimit in Hessen:

Auf hessischen Autobahnen soll es bald weitere Geschwindigkeitsbeschränkungen geben. Das hat Wirtschaftsminister Steger gestern angekündigt. Jede andere Konsequenz aus dem sogenannten Großversuch wäre auch eine Überraschung gewesen: die sozialdemokratische Landesregierung muß ihren grünen Mehrheitsbeschaffern immer mal wieder ein Zückerchen anbieten ... Die Leichtfertigkeit ist zu kritisieren, mit der hier ein Landesminister die Ergebnisse einer nicht allzu umfangreichen Untersuchung in Argumente für Eingriffe in das Bundesrecht ummünzt.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf die Friedensnobelpreis-Vorschläge ein:

Krieg, Unfriede, Gewalt, Haß wohin man blickt. Doch an Kandidaten für den nächsten Friedensnobelpreis ist – wie dieser Tage zu lesen war – offenbar kein Mangel. 99 Kandidaten sind dem Komitee vorgeschlagen worden, so viele wie noch nie. Welch ein Widerspruch. Seit 1901 gibt es diesen wichtigsten der Nobelpreise. Häufig wurde er nicht verliehen, weil die ganze Welt in Flammen stand oder weil kein Preisträger gefunden wurde. Ob die Maßstäbe ehemals strenger waren?

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung sieht einen Propaganda-Erfolg für Ost-Berlin:

Man kann nur auf den Wunsch der Ostberliner Führung schließen, einen Propaganda-Sieg zu erringen, indem sie die Bonner Regierung lächerlich machte. Es geht nicht nur darum, der DDR-Bevölkerung die Schwäche Bonns und die Allgegenwart der kommunistischen Partei bis in die am besten gehüteten Heiligtümer des Westens zu zeigen. Man wollte auch den Sowjets beweisen, daß Honecker und seine Mitarbeiter ihre Zinnen gut halten.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert den Militärputsch in Nigeria:

In Nigeria wird angesichts Regierungsunfähigkeit der Zivilisten und Militärs ernsthaft ein System militärisch-ziviler Doppelherrschaft studiert, das der Armee eine Kontrollfunktion über die als korrupt und tribalistisch betrachteten Parteipolitiker beließe. Buhari (gestürzter Chef der letzten Militärregierung) selbst hat dem nigerianischen „Regionalismus", der auf Religion, Stammeszugehörigkeit und Geschäftsverbindungen beruht, nicht ausweichen können ... Der Militärrat hat somit weder mehr Sicherheit im Innern noch mehr politische Einheit schaffen können – ganz zu schweigen von einer zukunftsträchtigen Konzeption für die wirtschaftliche Sanierung. Es wäre erstaunlich, wenn die neuen Machthaber darin mehr Glück hätten.

Die Polen, die Kirche und der Minderheitenschutz

Ein fast vergessenes Kapitel deutsch-polnischer Beziehungen / Von Dankwart Guratzsch

Der Umgang der Polen mit der deutschen Minderheit in den Ostgebieten fordert zu einem historischen Vergleich heraus: Wie haben die Polen selbst die Minderheiten- und Volksgruppenrechte in jener Zeit bewertet, in der ehemals westpolnische Gebiete Teil des Deutschen Reiches geworden waren?

Es handelt sich um ein fast vergessenes Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen, das erst vor siebzig Jahren endete und das in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg international Schlagzeilen machte. Hauptschauplatz waren die Provinzen Posen und Westpreußen, die nach wechselvoller Geschichte vom Wiener Kongreß 1815 erneut Preußen zugesprochen worden waren. Dennoch setzte gerade hier, besonders nach der Gründung des Deutschen Reiches, eine Abwanderung der deutschen Bevölkerung in die Großstädte und Industriezentren des Westens ein, die bis zum Ersten Weltkrieg mehr als zwei Millionen Menschen mit sich reißen sollte. Gleichzeitig rückten von Osten her ansiedlungswillige Polen in die freiwerdenden bäuerlichen Stellen ein.

Dieser „Polonisierungsprozeß", vor dem damals führende deutsche Sozialwissenschaftler wie Max Weber, Gustav Schmoller, Adolph Wagner und der Schwiegervater von Heuss, Georg Friedrich Knapp, warnten, wurde von den deutschen Großagrariern sogar noch gefördert. Sie holten jährlich 300 000 bis 400 000 billige polnische Saisonarbeiter ins Land. Viele dieser Polen wurden seßhaft und dachten nicht daran, in ihre Heimat zurückzukehren.

Reichskanzler Bismarck sah in dieser Entwicklung eine „Unterhöhlung der Fundamente des preußischen Staates" und schrieb dabei insbesondere der „katholischen Abteilung" im preußischen Kultusministerium, die sich der überwiegend katholischen Polen auf das rührigste annahm, einen verhängnisvollen Einfluß zu. Durch sie nämlich seien – so Bismarck – „nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, polnisch erzogen und amtlich ‚Polen' genannt worden".

Aber Bismarcks Gegenmaßnahmen, die den sogenannten Kulturkampf einleiteten, führten keine Wende herbei. Der einzige, heute fast zaghaft wirkende Versuch, die Stellung der Deutschen wenigstens kulturpolitisch zu sichern, indem nämlich 1873 in den Schulen die deutsche Sprache zur Unterrichtssprache bestimmt wurde, löste eine Welle von Protesten aus, als sei der deutsche Kanzler geradewegs im Begriff, die Minderheit in seinem Lande zu versklaven. Dabei fanden die Polen damals sowohl die Unterstützung des polnischen als auch des deutschen Klerus, der mächtigen (deutschen) Zentrumspartei und des Auslands. Verglichen mit der Art und Weise, wie heute Staat und Kirche in Polen den 1,1 Millionen Deutschen in den Ostgebieten nicht nur den Gebrauch ihrer Sprache, sondern auch ihre Volkszugehörigkeit, ihre Religion und sogar ihre angestammten Namen bestreiten, genossen die Polen damals unter der deutschen Regierung Freiheiten, von denen die Deutschen heute nicht einmal zu träumen wagen. Das beste Beispiel dafür ist die ebenfalls von der katholischen Kirche damals ganz offen praktizierte Ansiedlungspolitik für polnische Neusiedler in den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen.

Der polnische Prälat Peter Wawrzyniak bildete dafür einen mächtigen Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften, der das den Deutschen abgekaufte Land parzellierte und an polnische Kleinbauern vergab. Auch nach Einsetzung einer „Ansiedlungskommission" eigens für deutsche Siedler 1886 durch Bismarck gingen dem deutschen „Besitzstand" bis 1912 dadurch weitere 100 00[illegible] Hektar Land verloren. Dennoc[illegible] verzichtete die kaiserlich[illegible] deutsche Regierung auf jeden g[illegible]waltsamen Eingriff. Ein Ente[illegible]nungsgesetz gegen maroden Gro[illegible]grundbesitz von 1908 wurde led[illegible]lich viermal angewandt.

In der Rückschau fällt das [illegible]waltige Mißverständnis zwisch[illegible] den (auch deutschen) Proklama[illegible]nen von Minderheitsrechten für Polen damals und der Gewähr[illegible] solcher Rechte an die deutsche[illegible]völkerungsgruppe heute auf. [illegible] enttäuschend müssen die von [illegible]ner politischen Schutzmacht u[illegible]stützten Deutschen in den O[illegible]bieten aber erst das Verhalte[illegible] Kirche empfinden, die damal[illegible] Polen massive Unterstützun[illegible] währte und die heute die Ex[illegible] einer deutschen Minde[illegible] schlicht leugnet, ja die – ohne [illegible] Widerspruch der Amtsbrü[illegible] Deutschland – in verletzend[illegible]se sogar von einer „Rückk[illegible] Kirche in die Westgebiete" dihl-



Mit dem Fall Tiedge setzt sich die Misere des Verfassungsschutzes fort: Für alle Chefs wurde das Amt zum Stolperstein

Das schwierige Amt oder Die gescheiterten Fünf

Von WERNER KAHL

Heribert Hellenbroich hatte sich eigentlich schon am Freitag vergangener Woche den Stuhl, auf dem er saß, selber weggezogen. Als er nämlich den Grund dafür nannte, warum er seine Hand so lange schützend über den Gruppenleiter für die Abwehr der „DDR"-Geheimdienste gehalten hatte. Er nannte die etwas eigenartige Begründung, daß eine Versetzung eines Beamten oder Entlassung aus disziplinarischen Gründen den Betroffenen veranlassen könnten, sich sofort in den Osten abzusetzen.

Die Fälle, in denen Angehörige der Sicherheitsdienste wegen zerrütteter Familienverhältnisse, Trunksucht und/oder tief verletzter Eitelkeit in den kommunistischen Machtbereich überwechselten, sind noch an den Fingern abzuzählen. So wurde ob dieser Argumentation das Grollen unter den ehemaligen Untergebenen im Bundesamt für Verfassungsschutz, aber auch bei Angestellten des Bundesnachrichtendienstes (BND), den Hellenbroich seit Beginn dieses Monats führte, deutlich vernehmbar.

Was der an die Spitze des Bundesnachrichtendienstes versetzte bisherige Chef des Verfassungsschutzes an durchaus redlichen Gedanken zu seiner Rechtfertigung im Fall Tiedge vortrug, ließ ihn jedoch in den Augen von Sachkennern zugleich für die weitere Führung eines Nachrichtendienstes als ungeeignet erscheinen.

Die Fürsorge nämlich, die dem aus der Bahn geworfenen Beamten Tiedge zuteil wurde, müssen heute diejenigen vermissen, die für den Verfassungsschutz, trotz Gefahren für Leib und Leben, in der „DDR" an der Abwehr der kommunistischen Spionageoffensive gegen den Westen mitwirken. Über ihr Schicksal wird frühestens etwas bekannt werden, wenn sich der Staatssicherheitsdienst eine Freilassung aus jahrelanger Zuchthaushaft gegen Lösegelder abhandeln läßt, die den Steuerzahler Millionenbeträge kosten werden.

Nach nicht einmal 30 Tagen im neuen Amt holte den Sicherheitschef nun die Vergangenheit ein. Mit dem erzwungenen Abgang Hellenbroichs von der Geheimdienstbühne ist auch der fünfte Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, wenn auch erst nachträglich, gescheitert.

Auf dem Präsidentenstuhl des Verfassungsschutzes in Köln, so riet in den sechziger Jahren BfV-Präsident Hubert Schrübbers Bonner Ministerialen, sei „ein Bürokrat ebenso fehl am Platze wie ein Abenteurer". Einen Amtschef dieses Zuschnitts, unauffällig, aber erfolgreich, schien die Bundesregierung im Mai 1983 endlich gefunden zu haben. Denn bis dahin mußte durch Affären und Eklats noch jeder Amtspräsident vorzeitig demissionieren.

Dr. Otto John war nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als ehemaliger Angehöriger des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft 1950 zum ersten Amtschef ernannt worden. John hatte zum Widerstandskreis Bonhoeffers gehört. In seiner Amtszeit erlebte der Verfassungsschutz den ersten schweren Rückschlag. Am 20. Juli 1954, dem Gedenktag an das gescheiterte Attentat gegen Hitler, tauchte John in Ost-Berlin auf und wurde von den Sowjets als Galionsfigur für eine Kampagne gegen die Demokratie im freien Teil Deutschlands eingesetzt.

Nach seiner Rückkehr in den Westen – von Freunden aus dem Widerstand, dazu gehörten Kaiserenkel Prinz Louis Ferdinand und der dänische Journalist Bonde-Henriksen, arrangiert –, behauptete John, ein Freund, der Berliner Frauenarzt und Salonkommunist Wolfgang Wohlgemuth hätte ihn entführt; nach Feststellung des Bundesgerichtshofes war der Verfassungsschutzchef jedoch freiwillig, wenn auch vielleicht unter Alkoholeinfluß, in die „DDR" übergetreten. Das Urteil: vier Jahre Haft.

Nach dem Verschwinden Johns war der damalige Chef des Bundeskriminalamtes Hanns Jess, der bereits 68 Jahre war und auf die Pensionierung wartete, knapp ein Jahr nur kommissarisch mit der Führung der Dienstgeschäfte beauftragt.

Der eigentliche John-Nachfolger Hubert Schrübbers, ehemaliger Düsseldorfer Generalstaatsanwalt, leitete das Amt zwar fast 17 Jahre – vom 1. August 1955 bis zum 30. April 1972; doch sechs Monate vor der Pensionierung wurde er wegen seiner NS-Vergangenheit zum Rücktritt gezwungen.

Unter Nachfolger Günther Nollau gab es die kürzeste Amtszeit aller Verfassungsschutz-Präsidenten. Otto John war zwei Monate länger im Amt, als sein spektakuläres Auftauchen in Ost-Berlin den Verfassungsschutz in die erste schwere Krise stürzte. „Nollau hat trotzdem mehr Schlagzeilen gemacht als Otto John, obwohl er nicht in den Osten überwechselte", schrieb Hendrik van Bergh, langjähriger Sprecher des Amtes, in dem Buch „Köln 4713" (4713 ist bis heute unverändert die Telefonnummer der Verfassungsschutz-Zentrale). „Auf seinem Champion-Pokal", so van Bergh, „stehen drei Namen: Herbert Wehner – Günter Guillaume und ‚Capital'". Aus diesem Grund seien auch die Folgen und Nachbeben der „Ära Nollau" nachhaltiger als die seiner Vorgänger gewesen.

Van Bergh, von 1961 bis 1974 Referent für Öffentlichkeitsarbeit im BfV, Geheimschutzreferent und Lehrer an der Schule des Amtes, über den Sachsen Nollau: „Mit dem Namen Nollau ist eine Entwicklung im BfV verbunden, die für jeden Nachrichtendienst der Welt verhängnisvolle Folgen hat: die Politisierung des Dienstes."

Die Affäre Guillaume führte schließlich zum Rücktritt Nollaus. Ihm wurde unter anderem vorgehalten, er sei „mit der SPD-Spitze zu stark und gegen den Kanzlerspion Guillaume zu schwächlich engagiert gewesen" („Spiegel"). Am 1. Dezember 1966 wurde die Große Koalition gebildet; einen Monat später rückte Nollau als Vizepräsident in die Amtsleitung auf. Über die dann folgenden Auseinandersetzungen nach dem Ende der Großen Koalition zwischen den neuen Koalitionspartnern SPD und FDP schreibt van Bergh in seiner Dokumentation: „Mit dem Ende der Großen Koalition begann eine neue Epoche im Verhältnis Regierung–Geheimdienste." Der neue Innenminister Hans-Dietrich Genscher habe den „rechten Flügel im BfV stark" machen wollen.



Gescheitert an Überläufer Tiedge: Amtschef Heribert Hellenbroich FOTO: AP

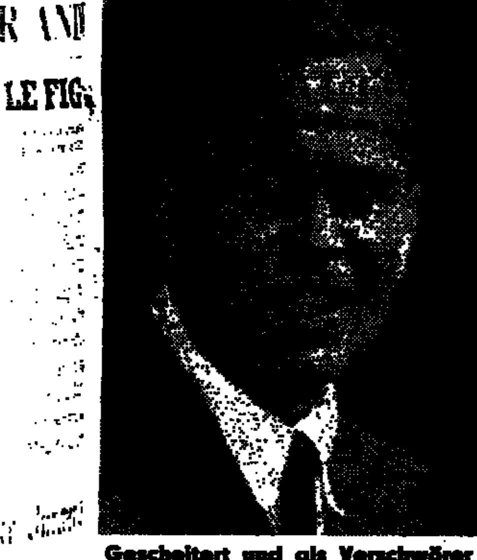
Um den Posten des Vizepräsidenten für einen FDP-Mann freizubekommen, wurde Nollau 1970 als Leiter der Abteilung „ÖS" (Öffentliche Sicherheit) ins Bundesinnenministerium versetzt; neuer Vizechef wurde der FDP-Mann Werner Smoydzin. „Nach zwei Jahren", so van Bergh, „war es soweit: Genscher wollte Nollau loswerden, und Wehner wollte Nollau auf dem Posten des BfV-Präsidenten haben."

Die Ablösung Nollaus, dem „Capital" schließlich vorgeworfen hatte, er sei „Doppelagent", was Nollau erhebliches Schmerzensgeld eintrug, weil der Vorwurf nicht belegt werden konnte, vollzog sich am 15. September 1975 unter publizistischen und politischen Gewittern. Bei seinem „Abgang im Nebel" („Die Zeit") verteidigte sich Nollau, im Fall John habe die Existenz des Amtes auf dem Spiel gestanden, dagegen sei der Fall Guillaume weniger bedeutend.

Nachfolger Richard Meier, der als Staatsanwalt 1957 zum Verfassungsschutz kam und eine erfolgreiche Tätigkeit beim Bundesnachrichtendienst (Leiter der Beschaffung) vorweisen konnte, rief, an Nollau gewandt, bei der Amtsübergabe: „In der letzten Zeit waren Sie vor lauter Pulverdampf nicht mehr zu sehen." Nollau habe die Grundsätze verschwiegener und diskreter Arbeit „auf den Kopf gestellt".

Im Ruhestand in Oberbayern konnte Nollau dann sieben Jahre später den Sturz seines Nachfolgers verfolgen. Nach einem Verkehrsunfall auf einer privaten Tour in den Tiroler Bergen, bei dem eine Bekannte Meiers ums Leben kam, mußte auch dieser in den Ruhestand treten.

Überschrieb Nollau seine Erinnerungen mit „Der Abschied", böte sich für den nun von der Vergangenheit eingeholten Kollegen Hellenbroich der Titel „Die Katastrophe" an. Van Bergh hatte bereits in seiner 1981 erschienenen Dokumentation beklagt: „Kein Psychologe im BfV und keine Psychologie in der Schule". Dabei gebe es in einem Nachrichtendienst „ständig und immer wieder so viele Konfliktfälle, die nach einem Psychologen schreien". Sozialpsychologische Themen über die Ursachen für eine Lösung der Loyalitätsbindungen, die zu einem Verrat führen könnten, wurden von einem Juristen lediglich in der Schule des Verfassungsschutzes behandelt.



Gescheitert und als Verschwörer verurteilt: Amtschef Otto John FOTO: UPI



Gescheitert an NS-Vergangenheit: Amtschef Hubert Schrübbers FOTO: DPA



Gescheitert an der Affäre Guillaume: Amtschef Günther Nollau FOTO: SVEN SIMON



Gescheitert an privaten Problemen: Amtschef Richard Meier FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Spionage-Zentrale ist die Botschaft

Von WERNER KAHL

Der Kölner Zoo wird in diesem Sommer von Mitgliedern der sowjetischen Handelsvertretung gemieden. Die Gründe für die Scheu werden in der kommenden Woche publik, wenn der Sowjetfunktionär Jewgenij Semljakow im Düsseldorfer Oberlandesgericht der Spionage angeklagt wird.

Der Russe war am 13. April am Eingang des Tierparks bei einem Agententreff festgenommen worden. Vergeblich pochte er auf seinen Ausweis, ein rosafarbenes Dokument. Das bot ihm jedoch keine diplomatische Immunität. Der angebliche Handelsmann wurde als Agentenführungsoffizier und hauptamtlicher Angehöriger an einer sogenannten legalen Residentur für einen sowjetischen Nachrichtendienst in der Bundesrepublik Deutschland enttarnt.

Legale Residenturen sind „Stützpunkte eines geheimen Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, unter dem Schutz einer offiziellen (legalen) Institution". Aufgabe der Mitarbeiter ist es, „nachrichtendienstlich gegen das Gastland zu arbeiten". Bei den offiziellen Institutionen handelt es sich um Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen, Militärmissionen, Luftfahrtgesellschaften, Reiseagenturen, Niederlassungen staatlicher Wirtschaftsorganisationen des Sowjetblocks und Korrespondentenbüros von Presse, Funk und Fernsehen östlicher Medien. Unter vielfältiger Tarnung arbeiten hier Führungsoffiziere, um Agenten zu gewinnen.

Die Spionageabwehr hat Erkenntnisse, daß etwa 30 Prozent aller Mitarbeiter von diplomatischen oder gewerblichen Vertretungen aus Staaten des Warschauer Paktes in der Bundesrepublik Deutschland und anderer westeuropäischer Staaten für ihre militärischen und zivilen Nachrichtendiensten tätig sind. An der Bonner Botschaft des Kreml sind zwischen 60 und 80 Nachrichtenoffiziere rund um die Uhr im Einsatz. Bei den sowjetischen Militärmissionen in Frankfurt/Main, Bünde (Westfalen) und Baden-Baden werden sogar alle Angehörigen dem militärischen Geheimdienst GRU zugerechnet.

In den Residenturen östlicher Nachrichtendienste in Bonn arbeiten neben den ND-Offizieren, Techniker, Funker, Chiffreure, spezielle Sicherheitsoffiziere und Büropersonal. Die Bonner Residentur des KGB leitet General Tschistin, der zugleich den Rang eines Botschaftsrates bekleidet und somit durch diplomatischen Schutz der deutschen Justiz entzogen ist. Ihm droht lediglich, daß die Bundesregierung ihn zur Persona non grata erklärt.

Die Sowjetresidentur stellt – nach Angaben von Überläufern und Beobachtungen der Spionageabwehr – organisatorisch ein verkleinertes Abbild der „Ersten Hauptverwaltung" in Moskau dar, die innerhalb des KGB für die Auslandsaufklärung zuständig ist. Dieser Hauptverwaltung sind die legalen Residenturen unterstellt. Die Organisationseinheiten, wie es in der Fachsprache heißt, sind jeweils nach „Linien" eingeteilt.

Die „Linie PR" ist die größte in der Bonner Residentur. Etwa 15 bis 20 Nachrichtenoffiziere arbeiten an der Beschaffung politischer und wirtschaftlicher Daten. Vorrangige Aufklärungsziele sind die Bundesregierung, die Verwaltung, der Bundestag und die politischen Parteien. Leiter der politischen Linie ist ein Oberst des KGB.

Die wissenschaftlich-technische „Linie X", die der Verwaltung „T" in der Moskauer KGB-Zentrale unterstellt ist, ist spezialisiert auf Spitzentechnologie und militärisch verwertbare Grundlagenforschung.

Die Nachrichtenoffiziere von „X", meist Ingenieure und Naturwissenschaftler, werben und führen Agenten in Forschungseinrichtungen und Entwicklungsabteilungen von Wirtschaftsunternehmen sowie im Bereich des Handels zur Beschaffung von Produkten der Spitzentechnologie, die Embargobestimmungen unterliegen. Der angeklagte Jewgenij Semljakow gehörte zur „Linie X". Ein Technik-Spion aus dieser Gruppe war auch Semljakows Vorgänger, der Russe Gennadij Bataschew, ebenfalls als Mitglied der Handelsvertretung getarnt. Bataschew war 1983 festgenommen worden und nach seiner Verurteilung ausgetauscht worden.

Erhebliche Bedeutung hat auch die „Linie KR". Die Offiziere dieser Linie haben die Aufgabe, Nachrichtendienste, Polizei und andere Sicherheitsbehörden auszuspähen sowie die Emigrantenszene zu beobachten. Ferner sollen sie Versuche westlicher Dienste, das KGB beziehungsweise GRU zu unterwandern, abwehren.

Die „Linie N" wurde zur Unterstützung der „Illegalen" (Nelegaly) eingerichtet. Bei dieser Gruppe handelt es sich vor allem um KGB-Angehörige, die mit falschem Namen in die Bundesrepublik eingeschleust werden. Die Geheimdienstler führen besonders „sensible Quellen". In Krisenzeiten, etwa beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sollen sie die Agentennetze der legalen Residenturen übernehmen. Die Führungsoffiziere der in Bonn eingesetzten Mitarbeiter von „N" befinden sich daher nicht in der Bundesrepublik, sondern in Moskau. Zu den Aufgaben von „N" gehört es, mit Hilfe angeworbener Agenten in Einwohnermeldeämtern alle für die „Legalisierung" eingeschleuster Sowjetspione notwendigen Dokumente zu beschaffen, dazu Vordrucke von Originalpapieren für Fälschungen. Die „Linie N" muß ferner „tote Briefkästen" leeren.

Auf der Etage der beiden Geheimdienste in der Bonner Botschaft laufen rund um die Uhr Tonbänder. Die Fernmeldeaufklärung hört Funksprüche der deutschen Polizei, des Bundesgrenzschutzes und von Ministerien ab; Gespräche von Autotelefonen werden mitgeschnitten und Spezialisten sind bemüht, den Nachrichtendienst in das Telefonnetz wichtiger Behörden und für die Spionage interessanter Privatpersonen „einzuhängen". Die Tschekisten moderner Prägung erfüllen so den Auftrag, die revolutionären Interessen des Sowjetimperiums am Rhein offensiv wahrzunehmen.

Ende

Wir möchten Sie als Sieger seh'n!

Deutscher Direkt-Marketing-Preis 1985. Gold – Silber – Bronze.

Im vorigen Jahr war „Premiere" für den Deutschen Direkt-Marketing-Preis. Und jetzt wird dieser attraktive Preis alljährlich ausgeschrieben. Und zwar gemeinsam vom ADV (Allgemeiner Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband) und der Deutschen Bundespost.
Bewertet werden Direkt-Marketing-Kampagnen, die in der Zeit vom 1.7.1984 – 30.9.1985 entwickelt und per Post gestreut worden sind. Eine Jury namhafter Fachleute aus Werbung und Wirtschaft wählt in den Kategorien „Konsumgüter", „Industrie", „Dienstleistungen", „Business-to-Business" und „Spendensammlungen" jeweils die besten Kampagnen aus. Und erstmalig in diesem Jahr: Den Sonderpreis „Btx" für das beste Direkt-Marketing im Bildschirmtext-Programm.
Die Preisverleihung erfolgt anläßlich des ADV-Kongresses, der vom 1.12. – 3.12.1985 in Düsseldorf stattfindet.
Weitere Informationen und alle Unterlagen für die Teilnahme erhalten Sie vom ADV, Schiersteiner Str. 29, 6200 Wiesbaden. Einsendeschluß ist der 15.10.1985 (beim ADV eingehend).
Lassen Sie sich Ihre beispielhafte Arbeit als Gestalter, Berater, Agentur oder Auftraggeber bestätigen. Wir freuen uns auf Ihre Einsendungen!

ADV/Deutsche Bundespost



100 deutsche Lehrer nach Zimbabwe

MANFRED NEUBER, Bonn

Der deutsche Steuerzahler subventioniert den Einsatz von 100 Lehrern aus der Bundesrepublik Deutschland im afrikanischen Zimbabwe, das nach den letzten Wahlen von Ministerpräsident Robert Mugabe beschleunigt in einen sozialistischen Einparteistaat umfunktioniert wird. In dieser Woche fliegt die dritte Gruppe deutscher Lehrkräfte seit Jahresbeginn nach Harare. Sie werden an Sekundarschulen hauptsächlich naturwissenschaftliche Fächer unterrichten. Während des vierjährigen Aufenthaltes in Zimbabwe sollen sie eine „praxisgerechte Ausbildung" leisten.

Mehr als 3000 zumeist arbeitslose Lehrer, vorwiegend aus dem süddeutschen Raum, hatten sich um eine Anstellung in Afrika beworben. Die hundert Auserwählten wurden von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung auf dem Uhlhof in Bad Honnef für diesen speziellen Einsatz vorbereitet.

Die Entsendung in den afrikanischen Busch basiert auf einer Vereinbarung mit der Regierung Zimbabwes, die Jürgen Warnke (CSU), der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in Harare getroffen hat. Zimbabwes Erziehungsminister Dzingai Mutumbuka inspizierte unlängst in Bad Honnef – wie er sagte – „meine Mitarbeiter".

Über eine Sonderabteilung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) wird das schulische Programm abgewickelt; in Zimbabwe werden die deutschen Lehrer von der Otto-Benecke-Stiftung betreut. Nach den ersten Erfahrungsberichten läuft der Einsatz ohne große Probleme.

Zimbabwes Schulbehörde zahlt den deutschen Lehrern nur die ortsüblichen (geringen) Gehälter. Für die Differenz zu den Bezügen in der Bundesrepublik, die Auslandszulage und etwaige Reise- und Mietzuschüsse kommt das Entwicklungshilfeministerium auf. Die Gesamtsumme beläuft sich auf Millionen.

Somit kommt deutsche Entwicklungshilfe einer Regierung zugute, deren erklärtes Ziel die Umwandlung der pluralistischen Ordnung in Zimbabwe in einen sozialistischen Einheitsstaat ist. Politische Beobachter befürchten, die Wahl im Juli könnte die letzte freie Stimmabgabe im früheren Rhodesien gewesen sein.

Ministerpräsident Robert Mugabe hatte bereits vor Jahresfrist ein allmächtiges Politbüro nach kommunistischem Vorbild eingesetzt. Seither soll Zimbabwe nach dem „demokratischen Zentralismus" regiert werden. Die schwarze Opposition wird verfolgt, die verbliebenen Europäer werden eingeschüchtert und zum Verlassen Zimbabwes veranlaßt.

Im Exil klagte der schwarze Pfarrer Sithole, ein früher maßgeblicher Politiker in Rhodesien: „Dieser Einparteistaat entsteht nicht aus unserem Volk, durch das Volk und für das Volk, sondern als ein Staat von einem Manne, durch einen Mann und für einen Mann." Sithole warnt vor einer marxistischen Diktatur. Mugabe legt die Parlamentswahl als ein Plebiszit für seine Pläne aus, die Unabhängigkeitsverfassung zu ändern, die Schutzklauseln für die Minderheiten enthält, und Zimbabwes Gesellschaft nach dem „wissenschaftlichen Materialismus" in Zukunft auszurichten.

Rohrbruch in Kernkraftwerk bei Koblenz

DW. Koblenz

Ein Leck im Speisewassersystem hat den Warmlauf-Probebetrieb des neuen Atomkraftwerkes Mülheim-Kärlich bei Koblenz unterbrochen. Nach Auskunft des Informationsbüros der RWE war auf einer Länge von einem Meter ein Wasserrohr von 40 Zentimetern Durchmesser geplatzt. Aus dem Leck trat 180 Grad heißes Wasser aus und setzte das Maschinenhaus unter Dampf. Menschen kamen nicht zu Schaden. Das Rohr soll zum Zeitpunkt des Zwischenfalls unter einem Druck von etwa 60 bar gestanden haben.

Das gesamte Sytem war nach Auskunft des RWE-Sprechers zuvor schon mit einem Druck bis zu 180 bar belastet worden. Zur Zeit werden in dem Atomkraftwerk der primäre und der sekundäre Wasserkreislauf getestet. Dabei sind im Reaktorkern zwar schon Brennstäbe eingelagert, sie produzieren allerdings noch keine Wärme, sondern die Anlage wird künstlich aufgeheizt.

Der Nuklearbetrieb in dem betroffenen Reaktor sollte ursprünglich in diesem Herbst anlaufen. Die Teilerrichtungsgenehmigung dazu steht bislang noch aus. Die Inbetriebnahme des Reaktors war für das kommende Frühjahr geplant. Nach Auskunft des rheinland-pfälzischen Wirtschaftministeriums wird die Erteilung der Genehmigung nun von der vollständigen Klärung der Ursache für den Zwischenfall abhängig gemacht. Mit den betroffenen Rohren müssen auch alle anderen Rohrsysteme des Kraftwerkes überprüft werden. Möglicherweise liegt aber ein Bedienungsfehler vor.

Der Run auf die Bonner Mandate hat begonnen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die erste Kampfabstimmung für den nächsten Bundestag ist entschieden. Die Kandidatenkonkurrenz hieß: Voscherau gegen Voscherau. Der 44jährige SPD-Politiker Henning Voscherau, seit Wochen öffentlich unentschlossen, ob er als Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg bleiben oder sein künftiges Wirkungsfeld als Abgeordneter des Wahlkreises Hamburg-Wandsbek in Bonn suchen sollte, hat am Dienstag abend den Verzicht auf eine Kandidatur für den Bundestag bekanntgegeben.

Der Jurist lehnte sich bei der Begründung für den von seiner Partei ungeduldig erwarteten Beschluß an ein Zitat Herbert Wehners: „Ich ziehe den Karren, solange es der Karren will." Erleichtert reagierte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi auf den Verbleib seines wichtigsten Partners

Landesbericht Hamburg

im Regierungslager: „Die Entscheidung des Fraktionsvorsitzenden unterstreicht die Stabilität der politischen Führung in der Stadt."

CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau befand den langwierigen Prozeß als „Personal-Theater", auch Mitglieder des SPD-Landesvorstandes erkannten in dem öffentlichen Zaudern „eine tüchtige Portion Koketterie". Doch die Erleichterung, daß der als Integrationsfigur kaum ersetzbare Notar der Landespolitik Vorrang vor Bonner Ambitionen gibt, ist in der SPD ungeteilt.

Das Personalkarussell ist in der Hansestadt eher in Schwung gekommen als in anderen Bundesländern, denn die Termine für Bürgerschafts- und Bundestagswahlen liegen an der Elbe nur wenige Wochen auseinander.

Die Stimmabgabe für das neue Landesparlament wird aller Voraussicht nach im November 1986 stattfinden, die Bundestagswahlen folgen Anfang 1987. Die SPD will ihre Kandidaten für beide Wahlen bei einem Parteitag nominieren, der bereits für den Februar festgesetzt ist.

Da schon im Februar die Kandidatenliste sozusagen notariell abgesegnet werden soll, hat der Vorlauf in den unteren Parteigliederungen bereits begonnen. Hier steht der Kampf um den SPD-Wahlkreis Nord im Vordergrund. Hans Apel, geschlagener „Berlin-Heimkehrer", muß den Kampf mit dem 45 Jahre alten Kaufmann Hermann Scheunemann aufnehmen. Der Kreisvorstand wirft dem Hobby-Segler Apel vor, seit 1974 vom Kurs dieses vorwiegend links getrimmten Kreises abzudriften, etwa in Fragen der Nachrüstung, der Atomenergie und des Umweltschutzes.

Landesvorsitzender Ortwin Runde, Exponent der Linken im Parteivorstand, hat Apel nach eigenen Worten bei den letzten drei Kandidatenaufstellungen Flankenschutz gegeben, jetzt hält er sich strikt heraus und verweist auf die Autonomie der Wahlkreiskonferenz.

Der telefonische Bescheid der Kreisvorsitzenden von Nord, Helgrit Fischer-Menzel, bei Ehefrau Ingrid, Hans Apel sei „nicht länger tragbar", erwies sich allerdings von der Form her als ein Eigentor. „Das war die größte denkbare Wahlhilfe für Hans Apel", urteilt ein Parteifreund aus Bonn. In der Tat löste dieser Versuch einer kühlen Verabschiedung eine bundesweite Sympathiewelle aus. Ob die „Nord-Linken" tatsächlich ihren Vertreter Hermann Scheunemann durchbringen, ist noch keineswegs sicher.

Ins Schwimmen geraten ist auch der SPD-Abgeordnete Eugen Glombig. Zwar bescheinigte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs erst in dieser Woche ihrem Parteifreund, er sei „für die Bonner Sozialpolitik „unverzichtbar". Doch der Obmann der Bundestagsfraktion für die Sozialpolitik gehört dem Hohen Haus fast 25 Jahre an, und daß Voscherau öffentlich die Kandidatur für das Wandsbeker Mandat erwog, erfuhr Glombig nur aus den Zeitungen.

Der Favorit, den der Kreisvorsitzende von Wandsbek, Bürgermeister Alkfons Pawelczyk nach Voscheraus Verzicht für den Bundestag ausgeguckt hat, heißt Peter Zumkley, Oberst wie ehemals Pawelczyk, zur Zeit Vizekommandeur der Panzer-Grenadier-Brigade 16. Der Distrikt Wandsbek hat ihn bereits offiziell vorgeschlagen, das letzte Wort haben die Delegierten der Wahlkreiskonferenz Wandsbek.

Für Helmut Schmidt, der bereits vor zwei Jahren in der WELT seinen Abschied aus dem Bundestag angekündigt hatte, will sich in Bergedorf der Studienrat Rolf Niese bewerben. Die Wahl des Bergedorfer Kreisvorsitzenden gilt als sicher, wenn nicht der in den Bundestag nachgerückte Feuerwehrmann Uwe Hansen, falls er aus dem Wahlkreis Altona verdrängt wird, in Helmut Schmidts altem Revier eine neue politische Heimat sucht.

Bisher hat Schmidt zur Nachfolge-Frage geschwiegen: Der künftige ZEIT-Verleger hält sich in innenpolitischen Fragen zurück, selbst wenn sie seinen Wahlkreis betreffen.

Möllemann sieht Möglichkeiten für Vertrag über Atomversuche

Aber die Sowjets verweigern sich einer Prüfung an Ort und Stelle / Konferenz in Genf

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In Genf hat die dritte Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen begonnen. In mehrwöchigen Beratungen, die bis zum 24. September dauern sollen, sind die Delegationen von 131 Ländern darum bemüht, in jedweder Weise die Instrumente zu verbessern, die weltweit die Nutzung der Kernenergie zu militärischen Zwecken bremsen und schließlich gar verhindern sollen.

Zum Auftakt der Konferenz ließ der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, durch seinen für Abrüstungsfragen zuständigen Stellvertreter eine Botschaft verlesen, in der in erster Linie die Großmächte aufgefordert wurden, den Vertragsbestimmungen zum Durchbruch zu verhelfen, die, vor allem im Artikel 6, die Kernwaffenstaaten zu nuklearer Abrüstung auffordern.

Für die Delegation der Bundesrepublik Deutschland wird der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, am heutigen Donnerstag auf der Konferenz sprechen und ein System zur weltweiten Beobachtung von Kernexplosionen vorschlagen.

Nach Ansicht der Bundesregierung würde es helfen, die technischen Voraussetzungen für den Abschluß eines umfassenden Teststoppabkommens zu schaffen, das zwar seit mehr als einem Jahrzehnt gefordert wird, dessen Abschluß jedoch an der ständigen Weigerung der Sowjetunion scheiterte, Inspektionen vor Ort zuzulassen.

Nach Möllemanns Darlegung ist inzwischen die seismographische Technik dermaßen verfeinert worden, daß Atomexplosionen bis zu einer Größenordnung „im taktischen Bereich" sicher feststellbar seien. Anhand eines Netzes seismischer Meßanlagen und der Möglichkeit, bei unklaren Situationen durch Prüfung vor Ort zu entscheiden, ob verbotenerweise eine Atomexplosion stattgefunden haben könnte, sieht die Bundesregierung einen gangbaren Weg zu einem umfassenden Teststoppabkommen.

Bisher gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion auf diesen Bonner Vorschlag eingehen will. Die USA unterstützen ihn. Präsident Reagan hat schon vor Wochen, als der sowjetische Parteigeneralsekretär Gorbatschow einseitig bis zum Jahresende einen zeitweiligen Teststopp verkündete, mit der Einladung an Moskau reagiert, Beobachter zur nächsten amerikanischen Versuchsexplosion in die Wüste von Nevada zu entsenden. Die USA sind somit grundsätzlich damit einverstanden, zur Überwachung eines umfassenden Teststopps auch eine Inspektion vor Ort zu erlauben.

Neben den 131 Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) nehmen an der Genfer Konferenz auch zwölf Länder als Beobachter teil, die zum großen Teil zu den sogenannten Schwellenländern zu zählen sind, also aufgrund eigener Erklärungen oder technologischer Fähigkeiten als Staaten gelten, die in absehbarer Zeit über Kernwaffen verfügen könnten. Möllemann zählt zu ihnen Argentinien, Brasilien, Pakistan, Israel, Nordkorea, Südafrika und Spanien. Insgesamt sehen Fachleute zwanzig Staaten als Schwellenländer an. Zwei der fünf tatsächlichen Kernwaffenstaaten, Frankreich und China, sind nicht Unterzeichner des NVV-Vertrages. Unterschrieben haben ihn die USA, die Sowjetunion und Großbritannien.

Nach der Generalaussprache wird die Konferenz bei Beratungen in drei Ausschüssen die Hauptziele des Vertrages, die Sicherung der Nichtverbreitung von Kernwaffen, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Rüstungskontrolle von Atomwaffen, erörtern. Ob am Ende der Tagung Fortschritte in der Sicherung der Nichtverbreitung und bei der nuklearen Abrüstung zu verzeichnen sein werden, möchten Fachleute nicht voraussagen.

Sie weisen aber darauf hin, daß der Vertrag bisher insoweit sein Ziel erreicht hat, als er ein politisches Klima geschaffen habe, in dem die tatsächliche Ausbreitung von Kernwaffen auf weitere Staaten verhindert werden, zugleich aber die Nutzung der Kernenergie zur Stromgewinnung in starkem Maße zunehmen konnte. „Wer den NV-Vertrag wirklich erfüllen will, ist auf die ausschließlich friedliche Nutzung der Kernenergie verpflichtet", heißt es dazu in Bonn.

Bundeskartellamt ermittelt gegen ARD und ZDF

AP, Berlin

Das Bundeskartellamt ermittelt gegen ARD und ZDF wegen angeblicher Absprachen bei der Übertragung von Fußballspielen. Die Berliner Behörde hat die beiden Fernsehanstalten angeschrieben und um Unterlagen gebeten, die helfen sollen, die Vorwürfe aufzuklären.

Wenn sich der Verdacht der Absprache bestätigen sollte, wäre das ein Verstoß gegen das Kartellgesetz, sagte der Sprecher des Kartellamtes, Hubertus Schön. Er wies darauf hin, daß der Deutsche Fußballbund (DFB) auch den privaten Fernsehveranstaltern die Übertragungen von Fußballspielen anbieten müsse. „Wir begrüßen die Privaten als neue Wettbewerber", erklärte der Sprecher.

ZDF-Intendant Dieter Stolte kritisierte den Schritt des Kartellamtes und fügte hinzu, er erwarte echte Konkurrenz durch die privaten Anbieter erst in fünf bis zehn Jahren.

Scharfe Kritik an der Ärzteschaft

dpa, Bochum

Die Ärzte sind nach Meinung des Hammer Generalstaatsanwalts Wolfgang Geißel auf dem besten Wege, „ein sozialisiertes Gesundheitswesen herbeizuzwingen". In Bochum sagte der höchste Ankläger im bevölkerungsreichsten Oberlandesgerichtsbezirk der Bundesrepublik, es sei höchste Zeit, daß „entsprechende Stellen administrativ tätig werden, um die Abrechnungspraxis transparenter zu machen".

Geißel erinnerte die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Krankenversicherungen an die dringend erforderliche Mithilfe. Wenn nicht erbrachte Leistungen der leitenden Mediziner jahrelang von den Kassen beglichen worden seien, obwohl „der Arzt dann 200 Stunden in der Woche hätte arbeiten müssen", stelle sich zudem die Frage nach dem Unrechtsbewußtsein der Betroffen.

Ukrainischem Katholiken droht Prozeß

KNA, Lemberg

Die sowjetischen Justizbehörden bereiten offenbar einen „Mammut"-Prozeß gegen den Vorsitzenden des Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken, Josyf Terelja, vor. Darauf deuten umfangreiche Ermittlungen in Kreisen ukrainischer Bürgerrechtler und unter Gläubigen der in der Sowjetunion seit 1946 verbotenen ukrainisch-katholischen Kirche hin. Terelja, der wegen seines kirchlichen Engagements bereits 20 Jahre Freiheitsstrafe verbüßt hat, drohen bei einer neuen Verurteilung bis zu zwölf Jahren Arbeitslager. Er war im November 1984 untergetaucht, um sich der Verhaftung zu entziehen, mußte aber ein Krankenhaus aufsuchen, wo er am 8. Februar dieses Jahres verhaftet wurde. Nach langen Verhören in den Gefängnissen von Lemberg und Uzhorod wurde Terelja im März einer psychiatrischen Untersuchung unterworfen.

CDU will ihre Wirtschaftspolitik besser darstellen

pje. Bonn

In einem „Diskussionspapier zur wirtschaftspolitischen Strategie" der CDU, das als Schwerpunkt Vorschläge zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt enthält, hat der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland, Peter Jungen, seiner Partei empfohlen, „die Darstellungsdefizite ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenzen und Erfolge" schnellstens zu überwinden.

Bis heute sei es der CDU nicht gelungen, deutlich zu machen, warum die Regierung spart. Die Sparpolitik habe zu beachtlichen Erfolgen geführt, wie etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zu steigenden Wachstums- und niedrigeren Preissteigerungsraten, zu einem hohen Anstieg der Anlageinvestitionen und einer Gründungswelle von Unternehmen. Es werde auch nicht als wirtschaftspolitischer Erfolg der Regierung anerkannt, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt werden konnte, obwohl die Zahl der Erwerbspersonen um mindestens 200 000 zunahm. Immerhin habe seit der Regierungsübernahme auf dem Arbeitsmarkt eine zusätzliche Beschäftigungswirkung erzielt werden können, „die annähernd einer halben Million Arbeitsplätzen entspricht".

Mit Blick auf die FDP sagte Jungen: „In der Öffentlichkeit entsteht zudem der unzutreffende Eindruck von einer Koalition, in der die CDU spart und die FDP den Spitzensteuersatz senkt." Hier müsse die CDU ihre Meinungsführerschaft zurückgewinnen und sich darüberhinaus überzeugend als wirtschaftspolitische Kraft ausweisen, „die sich auch um die Opfer einer verfehlten SPD-Politik kümmert".

Verkauf von Zeitungen der SPD vor Abschluß

p. p. Bonn

Die Verhandlungen der SPD über den Verkauf der Mehrheitsanteile an den beiden letzten, ihr vom einstigen Zeitungsimperium verbliebenen Tageszeitungen stehen vor dem Abschluß. Nach Informationen der WELT ist sich Bundesschatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski mit dem Süddeutschen Verlag in München über eine Übernahme von 60 Prozent der SPD-Anteile an der „Neuen Presse" in Coburg und der „Frankenpost" in Hof einig geworden. Zwar lehnt Parteisprecher Wolfgang Clement „jeden Kommentar" hierzu ab, doch die WELT erfuhr, daß die Einzelheiten des Verkaufs in mehreren Verhandlungsrunden weitgehend vereinbart worden sind. Die betroffenen Redaktionen sind bisher nicht informiert worden. Die geheimgehaltenen Erlöse aus dem Verkauf der beiden letzten SPD-Zeitungen an den potenten Süddeutschen Verlag, die mit ihren insgesamt rund 100 000 Exemplaren Auflage die ohnehin starke „Süddeutsche Zeitung" in Bayern noch weiter verstärken würden, sollen die Partei-Rücklagen wieder auffüllen.

Albrecht: Verschmutzung der Elbe gefährdet auch „DDR"

Ost-Berlin zu Verhandlungen über Reinhaltung aufgefordert

mj. Hannover

„In ihrem eigenen Interesse" sollte die „DDR" mit Niedersachsen über die Reinhaltung der Elbe verhandeln. Dazu hat Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) in einem Fernsehinterview die kommunistische Staatsführung in Ost-Berlin aufgefordert. Zuvor war bekannt geworden, daß die „DDR" Verhandlungen über die Strommitte als Grenzlinie zur Vorbedingung für Umweltschutz-Gespräche erklärt hat (WELT v. 28.7). Die „DDR" müsse begreifen, fuhr Albrecht fort, daß „ihre Lebensgrundlagen durch die Verschmutzung der Elbe genauso gefährdet" seien wie die der Bundesrepublik Deutschland.

Bei Schnackenburg, wo der Fluß die Grenzlinie schneidet, enthält jedes Kilogramm Schlick im Flußbett 20 bis 35 Milligramm Quecksilber und 20 bis 40 Milligramm Cadmium – seit Jahren unverminderte Werte, die die Belastung des Rheins bis zum Zehnfachen übertreffen, die der Weser oder der Donau sogar um das Zwanzigfache.

Albrecht untermauerte seine Forderungen mit dem Hinweis auf sein Zusammentreffen mit CSSR-Außenminister Bohuslav Chnoupek vor einer Woche. Dieser habe sich „auf absehbare Zeit" für Vereinbarungen zur Entlastung der Elbe „sehr aufgeschlossen" gezeigt; Industrieabwässer von der tschechischen Seite des Erzgebirges tragen erheblich zur Schmutzlast des Stromes bei.

Zu den Grenzziehungs-Forderungen der „DDR" verwies Albrecht auf die durch Dokumente der Alliierten belegte Rechtslage, wonach die Flußgrenze zwischen Lauenburg und Schnackenburg auf das Ostufer festgelegt ist.

Zugleich verlangte die FDP im Niedersächsischen Landtag, „Wirtschaftskredite für die DDR von der Elbe-Sanierung abhängig zu machen", sofern Ost-Berlin an seinem Grenzlinien-„Junktim" festhalte.

Roski bewarb sich unter „Aufsicht"

AP, Koblenz

Der 36jährige frühere Regierungsrat Franz Arthur Roski hat sich vor fünf Jahren auf Wunsch des Staatssicherheitsdienstes der „DDR" beim Bundesnachrichtendienst in Pullach beworben und das Bewerbungsschreiben unter Aufsicht seines Führungsoffiziers aus der „DDR" geschrieben. Dies erklärte der wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die „DDR" angeklagte Roski vor dem Oberlandesgericht Koblenz. Mit dem Führungsoffizier habe er auch Einzelheiten möglicher späterer Sicherheitsüberprüfungen durch Behörden der Bundesrepublik Deutschland besprochen. Zur Ablehnung seiner Bewerbung sagte er gestern: „Das war mir ganz lieb." Aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf lieferte Roski zwischen 1979 und 1982 eine Organisationsübersicht und Charakterbeschreibungen seiner drei Vorgesetzten an die „DDR".

Unionsantrag zur Entwicklungshilfe

dpa, Bonn

Als Beitrag zu einer Neuorientierung in der Entwicklungshilfe hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag vorgelegt, der zu einer stärkeren Unterstützung von Privatorganisationen in den Entwicklungsländern führen soll. Die Hilfe soll die arme Bevölkerungsmehrheit in den Ländern der Dritten Welt direkter als bisher erreichen. Statt Großprojekten sollen vermehrt kleine Projekte eingesetzt werden.

Der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Wolfgang Rumpf, sagte zu der Initiative des Koalitionspartners, Änderungen an dem Antrag seien noch nötig, damit seine Fraktion ihn mittragen könne. In der vorliegenden Form erwecke der Antrag den Eindruck, als ob die in vielen Entwicklungsländern ausbleibenden Erfolge lediglich auf falsche wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen seien.

Die Vision vom Parzival-Europa

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Mit dem Segen Karol Wojtylas hat Parzival von Rimini Besitz ergriffen. Die Ferienmetropole an der Adria, traditionelles Zentrum des „heidnischen" sommerlichen Vergnügungsbetriebs, präsentiert sich seit dem letzten Wochenende auf ihrem Messegelände als ein katholisches Nashville – als Schauplatz eines Jugendfestivals, das nach den Vorstellungen seiner Promotoren eine kulturelle Bewegung von unwiderstehlicher Kraft auslösen soll.

Unter dem Motto „Das Tier, Parzival & Superman" sind Zehntausende von Jugendlichen in der modernen Jahrmarkts-Atmosphäre von Rockmusik, Spektakel und fast food zusammengeströmt, um – geleitet vom geistlichen Zuspruch einer Papst-Botschaft – zwischen animalischer Triebhaftigkeit und phantasieloser Übermenschlichkeit den christlich-menschlichen Weg, den Gral der Zukunft zu suchen.

Politiker hellhörig

Mit den Jugendlichen aus ganz Italien, den Delegationen aus vielen Ländern Europas und sogar Lateinamerikas sind auch die Politiker gekommen. Das alljährlich vom katholischen „Movimento popolare" (Volksbewegung) und dessen kirchlicher Stammorganisation „Comunione e Liberazione" (Gemeinschaft und Befreiung) ausgerichtete Treffen, das sich im Laufe von sechs Jahren zu einer der bedeutendsten Manifestationen der zeitgenössischen europäischen Jugendbewegung entwickelt hat, ist zum Forum geworden, das dem New Yorker Kardinal O'Connor ebenso interessant erscheint wie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für ein europapolitisches Podiumsgespräch mit seinem christdemokratischen Kollegen Giulio Andreotti und der sozialistischen Staatssekretärin im französischen Außenministerium, Catherine La Lumiere.

Die treibende Kraft dieses „Sektenmeetings der Freundschaft zwischen den Völkern", wie sich der Supermarkt von Initiativen auf dem 50 000 Quadratmeter großen Messegelände von Rimini offiziell nennt, ist ein bärtiger junger Mann, den der „Economist" kürzlich als einen der aufgehenden Sterne am politischen Firmament Italiens bezeichnete: Roberto Formigoni. Als „Leader" des „Movimento popolare" wurde er bei der letzten Europa-Wahl auf der Liste der Democratia Christiana (DC) mit einer Lawine von Vorzugsstimmen ins Straßburger Parlament gewählt.

Formigoni ist gleichzeitig einer der Initiatoren der von Johannes Paul II. geförderten kirchlichen Jugendorganisation „Comunione e Liberazione", die den Ruf einer „katholischen Sturmtruppe" hat und auf der das „Movimento popolare" als mächtige „Pressuregroup" zur Erneuerung der Democrazia Cristiana hervorgegangen ist. Seit den letzten Parlaments- und Lokalwahlen stellt die Bewegung 30 der christdemokratischen Parlamentarier und mehr als 500 Kommunalabgeordnete der DC.

„Diese Katholiken unter der Führung des Papstes beherrschen heute die politische Jugendszene", stellte dieser Tage mit leidvoller Anerkennung der Sozialist Claudio Martelli fest. „Sie ist nach-sozialistisch." Dazu Formigoni: „Ich glaube, Martelli hat recht. Wir haben die Illusionen der Ideologien und auch die auf diese ideologische Trunkenheit folgende Ernüchterung hinter uns. Ich glaube, wir haben eine Antwort auf die Fragen, die sich die Menschen – nicht nur die Jugendlichen – heute stellen und die den eigentlichen Sinn der menschlichen Existenz betreffen. Wir suchen eine Verbindung von Idealität und Sachlichkeit."

Die Attraktivität für die Jugend besteht darin, daß ihr eine Synthese zweier scheinbar nicht miteinander zu vereinbarenden Gegensätze angeboten wird. Gesellschaftspolitisch heißt das: eine Synthese von katholischem Integralismus und dem Bedürfnis nach Modernität und Weltoffenheit, was auch Offenheit für andere Kulturen bedeutet.

Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, haben nicht nur Politiker von der Statur eines Andreotti längst erfaßt. Auch die als Gast in Rimini anwesende Eminenz aus New York ist sofort hellhörig geworden. Kardinal O'Connor sieht in seinem Land ein Manko, dem er abhelfen will: „Nach diesem Besuch überlege ich mir, ob ich nicht einige qualifizierte Leute aus meiner Diözese schicken soll, damit sie Eure Bewegung von Grund auf studieren und ergründen, wie deren Prinzipien und Methoden in der amerikanischen Wirklichkeit angewandt werden können."

Ebenso wie die Anwesenheit des amerikanischen Kardinals weist die Podiumsdiskussion mit Genscher und Andreotti über die europäische Einigungspolitik auf die über Italien hinausreichenden Ambitionen der Veranstalter hin – Ambitionen, die zweifellos von Papst Wojtyla unterstützt werden, der schon selbst einmal nach Rimini gekommen ist.

Andreotti ist auf Sommerfestivals dieser und anderer Art ein alter Bekannter. Im vergangenen Jahr verhalf er sogar dem kommunistischen „Fest der Unitá" mit seinen umstrittenen Äußerungen zur Frage der deutschen Einheit zu internationaler Beachtung. Hier in Rimini schlägt er ganz andere deutschlandpolitische Töne an, als er mit der Bemerkung stürmische Heiterkeit auslöst: „Jahrzehntelang haben wir gehört: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!', bis wir gesehen haben, daß eine Mauer errichtet wurde, um diese Proletarier zu trennen."

Genscher begründet seinen Auftritt auf diesem katholischen Parzival-Festival kurz vorher mit den Worten: „Wo man die guten europäischen Ideen vertreten kann, soll man das tun." Rauschender Beifall der weit über 13 000 jugendlichen Zuhörer schlägt ihm schon bei seiner Eingangsbemerkung entgegen, daß er, wenn er Europa sage, auch an Warschau, Prag und Budapest denke.

Ovationen für Genscher

Die Begeisterung über dieses Bekenntnis zum Europa des polnischen Papstes, das Formigoni auch durch ein an diesem Abend verkündetes Projekt einer Europäischen Kulturgemeinschaft aktivieren möchte, steigert sich zur minutenlangen Ovation, als der Gast aus Bonn auf die rhetorische Frage, ob es überhaupt noch größere Begeisterung als an diesem Abend geben könne, abschließend antwortet: „Ich glaube ja, dann nämlich, wenn es Vertretern aller Völker, die zu Europa gehören, ermöglicht würde, hier zu sein."

Am Schluß entwirft Formigoni, an die Diskussionsbeiträge Genschers und Andreottis anknüpfend, die Vision vom Parzival-Europa: Es müsse auf moralische Werte gegründet, dürfe nicht nur ein Europa der Kaufleute sein; seine Einheit müsse für ganz Europa offen sein.

Berlin speist 14 neue Programme ins Kabel

dpa, Berlin

In Berlin ist gestern das größte der vier Kabelpilotprojekte der Bundesrepublik gestartet worden. Mit einem Knopfdruck schickte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen zwölf neue Fernseh- und zwei neue Hörfunkprogramme für zunächst fünf Jahre ins Kabel. Mit 220 000 verkabelten Haushalten gegenüber maximal 16 000 in den übrigen Versuchsgebieten in Ludwigshafen, München und Dortmund steht Berlin nicht nur weit an der Spitze der Empfangsmöglichkeiten für die neuen Programme, die Stadt an der Spree ist damit auch ein realistischer Testmarkt für die werbefinanzierten Sender.

Friedensdekade der „DDR"-Kirche

epd, Berlin

Der Bund der Evangelischen Kirche in der „DDR" hat die Gemeinden erneut zu einer Friedensdekade aufgerufen, die in diesem Jahr unter dem Thema „Frieden wächst aus Gerechtigkeit" vom 10. bis 20. November stattfinden soll. Die Friedensdekade 1985 könne dazu dienen, daß die Christen in der „DDR" sich mit Hilfe der ökumenischen Fragestellung aus der Gefangenschaft in ihren eigenen Problemen befreien lassen. Gleichzeitig wird jedoch darauf hingewiesen, daß es auch um Gerechtigkeit in der „DDR"-Gesellschaft gehe. Es müsse gefragt werden, heißt es in dem Vorwort, „wo Menschen in unserer Nähe ihr Recht, zu leben und sich zu entfalten vorenthalten wird".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Weltraumprojekt mit Paris in Bonn umstritten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das Auswärtige Amt (AA) hält es aus politischen und militärischen Gründen für wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland auf den französischen Wunsch nach gemeinsamer Entwicklung und Unterhaltung eines Beobachtungs- und Aufklärungssytems im Weltraum eingeht. Beim Treffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterand im November vergangenen Jahres in Bad Kreuznach hatte Helmut Kohl seinem Gast auf eine entsprechende Frage geantwortet, er werde ein solches Projekt wohlwollend prüfen lassen. Seit dieser Zeit haben verschiedene Ressorts vergeblich versucht, eine Position zu entwickeln. Den größten Widerstand leistet das Verteidigungsministerium. Aus der Sicht des Auswärtigen Amtes ist die Hardthöhe unwillig, die vom AA vorgebrachten Gründe zur Unterstützung des Projekts „weltraumgestützte Aufklärung" zu akzeptieren.

Staatsminister Jürgen Möllemann sagte dazu vor Journalisten, Bonn müsse sich für einen deutsch-französischen Aufklärungssatelliten entscheiden, um mit Hilfe konkreter Projekte die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in der Sicherheitspolitik voranzubringen. Auch Bundesaußenminister Genscher vertrete die Auffassung, daß Europa auf diese Weise mehr Eigenständigkeit gewinnen könne. Die Befürchtung, die USA würden sich durch solche Bestrebungen ihrer Verbündeten irritiert fühlen und schließlich von ihnen abwenden, ließ der Staatsminister nicht gelten. „Zwei Augen sehen einfach mehr als nur eins", sagte er. Bisher sind die Erkundungsmöglichkeiten der NATO aus dem Weltraum allein von den Satelliten der USA abhängig.

Der Widerstand der Hardthöhe gegen ein deutsch-französisches Aufklärungssystem ist im wesentlichen von der Sorge geleitet, dessen Kosten müßten durch ihren Etat finanziert werden. Nach bislang noch nicht sehr genauen Schätzungen rechnen die Fachleute mit Gesamtaufwendungen in den ersten zehn Jahren von rund zehn Milliarden Mark. Bonns jährlicher Anteil von einer halben Milliarde würde die finanziell sehr eng bemessene Bundeswehrplanung sprengen, wird auf der Hardthöhe unterstrichen.

Babangidas Nachschlag wurde seit langem erwartet

Nigeria: Erleichtert nimmt das Volk Kenntnis vom Coup

Von BERND RÜTTEN

Schon bald nach dem Staatsstreich vom Silvesterabend 1983 hatten politische Analytiker herausgefunden, daß Coups in Nigeria paarweise kommen. Genugtuung und Freude über den Sturz des schwachen Zivilpräsidenten Shagari verflüchtigten sich so schnell wie die Vorstelhmg, daß die neue Militärregierung stark und gerecht sei. Coups haben eine innere Logik und die war mit dem Coup, der Buhari an die Macht brachte, offenbar nicht erfüllt: Es waren nicht die Vertreter der alten Regierung, die ins Gefängnis wanderten, sondern diejenigen, die in Opposition zu ihr gestanden hatten.

Nach einer Zivilregierung, die dem islamischen Norden Nigerias und der Haussa-Fulani-Aristokratie nahestand, zeigte sich bald, daß auch die neue Militärregierung nördlich und islamisch orientiert war. In der Hauptstadt Lagos brachte man die Situation auf einen kurzen Nenner: Der militärische Flügel der Nationalpartei Präsident Shagaris hat die Macht übernommen, um einem Coup radikalerer jüngerer Militärs zuvorzukommen. Buharis Regierung kannte die Stimmung im Lande und versuchte ihr zu begegnen, indem sie die Schraube der Repression immer stärker anzog. Das Netz von Geboten und Verboten wurde dichter, die Strafen drakonischer.

Mit 54 Koffern am Zoll

Verhängnisvoll war, daß bei ihrer Anwendung keine Gerechtigkeit ersichtlich war. Expräsident Shagari saß unbehelligt in komfortablem Hausarrest, hochangesehene Politiker wie der frühere Gouverneur des Bundesstaats Lagos, Lateef Jakande, schmachteten unter erbärmlichen Umständen im Gefängnis, harmlose Devisenvergehen wurden mit langjährigen Freiheitsstrafen geahndet, der Emir von Gwandu umging mit 54 Koffern die Zollkontrollen, ohne daß ihm etwas passierte. Während eine rigide Austeritätspolitik der Masse der Bevölkerung täglich Opfer abverlangte, wurden ausgewählte Importeure – wie unter Shagari – über Nacht zu Millionären.

Die mangelnde Konsequenz der Politik Buharis führte zu Spannungen im regierenden Obersten Militärrat. Armeechef Ibrahim Babangida, Architekt des Coups, der Buhari an die Macht gebracht hatte, distanzierte sich zunehmend von dessen Politik. Er war es auch, der wiederholt die Entlassung des ominösen Geheimdienstchefs Rafindadi, zuvor Botschafter in Bonn, gefordert hatte, unter dessen Ägide die versuchte Entführung des in London lebenden früheren Transportministers Umaru Dikko stattgefunden hatte. Vergeblich! Buhari hielt eisern an dem früheren Shagari-Intimus, einem Klassenkameraden, fest.

Kurze Grabesstille

In keinem Land Schwarzafrikas wird Politik so leidenschaftlich privat und öffentlich diskutiert wie in Nigeria. Buhari brachte Nigerias Presse, vielleich die intelligenteste, agressivste und stärkste Afrikas, zum Schweigen. Und nicht genug damit – er verbot jegliche öffentliche Diskussion über die politische Situation des Landes und verschloß damit das letzte Ventil, durch das die frustrierten Nigerianer sich Luft zu verschaffen pflegten: Spekulationen über eine Rückkehr zur Zivilregierung. Ob, wann und wie – Berufs- und Amateurpolitker waren von nun an zum Schweigen verurteilt.

Die von Buhari erzwungene Grabesstille hielt nicht lange an. Kaum einen Monat später verkündete im Rundfunk ein Sprecher des Militärs die Absetzung Buharis und seiner Regierung. Diesmal war es nicht Silvester, sondern der islamische Idd-al-Kabir-Feiertag. Stabschef General Tunde Idiagbon und andere hohe Militärs weilten zur Pilgerfahrt in Mekka. Wie üblich wurden Telefon- und Flugverbindungen zunächst einmal unterbrochen.

Wie zuvor Shagari weint auch Buhari niemand eine Träne nach. Ibrahim Babangida hat nun selbst die Macht übernommen und damit den Coup zu Ende geführt, den er mit Shagaris Sturz Silvester 1983 begonnen hatte. Die Wiederherstellung der Pressefreiheit und die Entlassung der zu Unrecht inhaftierten Politiker aus der Zeit des kurzen demokratischen Intermezzos gehören zu seinen ersten Maßnahmen. Das erste allgemeine Gefühl ist Erleichterung. Der Coup, der kommen mußte, ist gekommen. Es war der sechste, seit Nigeria die Unabhängigkeit erlangte.

Paris wartet auf Langes Beweise

Verstimmung mit Neuseeland zunächst ausgeräumt / Opposition hält sich zurück

A. GRAF KAGENECK, Paris

Paris kann sich nach dem Aufruhr um den Tricot-Bericht jetzt erst einmal die Hände reiben. Premierminister Fabius hat den Ball, das heißt die Aufklärung darüber, wer am 10. Juli im Hafen von Auckland das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" versenkte, geschickt der neuseeländischen Regierung zugespielt. Sie soll nun der französischen Justiz die Ergebnisse ihrer polizeilichen Ermittlungen mitteilen. Und falls sich eine französische Beteiligung an dem Attentat erweist, wird – so Fabius – die französische Justiz hart durchgreifen. Da die Mühlen der neuseeländischen Justiz langsam mahlen, bleibt bis Ende November – vorgesehenes Datum des Prozesses gegen die in Neuseeland einsitzenden Agenten Alain Mafart und Dominique Prieur (alias Ehepaar Turenge) Zeit zur Abkühlung des heißen Eisens.

Auch diplomatisch konnte Paris einen Erfolg verbuchen. Premierminister David Lange sah in der Fabius-Erklärung so etwas wie eine Entschuldigung Frankreichs, die er nach Veröffentlichung des Tricot-Berichtes verlangt hatte. In der Tat hat Fabius in seiner Erklärung vom Dienstagnachmittag mit dem Angebot, französische Agenten bei einer Überführung durch die neuseeländische Polizei zu bestrafen, deren eventuelle Beteiligung an dem Anschlag auf die „Rainbow Warrier" nicht ausgeschlossen. Indem er gleichzeitig dem eigenen Auslandsnachrichtendienst DGSE „erhebliche Mängel" vorwirft, desavouiert der Regierungschef quasi die ganze Aktion (und geht damit weiter als die französische Rechtsopposition, die zumindest die Observierung der Greenpeace-Bewegung billigte).

Auch hiermit kommt Fabius neuseeländischen Wünschen entgegen. Nicht vergessen werden darf, daß Frankreichs Sozialisten über bisher gute Beziehungen zu den neuseeländischen Labour-Genossen im Rahmen der Sozialistischen Internationale verfügten und in den Kulissen des Greenpeace-Falles ständig besänftigend wirkten. Die wohl unangenehmste Folge der gesamten Affäre – eine bleibende Verstimmung zwischen Paris und Wellington und damit zusätzliche Belastung der französischen Politik im Pazifik ist also fürs erste aus dem Wege geräumt.

Damit aber ist der Fall für Frankreich keineswegs erledigt. Die Ansichten innerhalb der politischen Parteien gehen weit auseinander. Während sich die Sozialisten mit dem Tricot-Bericht und dessen Interpretation durch den Premierminister zufrieden geben, sprechen die Kommunisten von einer „Staatslüge" wenn behauptet werde, französische Agenten seien unschuldig an der Schiffsversenkung. Auch die Presse fährt fort mit bohrenden Fragen nach den „Ungereimtheiten" des Tricot-Berichtes.

Den beiden bürgerlichen Parteien ist die ganze Sache offenbar höchst unangenehm. Zwar möchten sie den Sozialisten im Vorwahlkampf für die Parlamentswahlen des kommenden Frühjahrs gerne einen Strick aus dem „Skandal" drehen, hüten sich aber andererseits davor, den Geheimdiensten in den Rücken zu fallen. Der Gaullist Michel Debre billigt die Observierung der Greenpeace-Bewegung ausdrücklich und fordert die Regierung sogar auf, deren Geldquellen und Hintermänner endlich bloßzustellen. Am drastischsten brachte Giscard d'Estaing die unangenehme Situation der Opposition zum Ausdruck, indem er den Fall mit dem englischen Diktum „right or wrong my country" beurteilte.

Grabrede vor Hammer und Sichel

M. GERMANI, Johannesburg

Allan Boesak ist einer der Förderer der „United Democratic Front" (UDF), die auf seinen Aufruf hin vor genau zwei Jahren in Kapstadt gegründet worden war. Politische Beobachter halten diese Organisation für den „internen Arm" des in Südafrika verbotenen kommunistischen ANC. Der 39jährige farbige Kirchenführer, verheiratet und Vater von vier Kindern, nahm 1983 in Vancouver als Präsident des Weltbundes der reformierten Kirchen an der Konferenz des Weltkirchenrates (WCC) teil.

Einer der wichtigsten Sprecher jenes Kongresses war ANC-Generalsekretär Alfred Nzo. Damals kam es bereits zu einer Kontroverse, als Boesak zum „zivilen Ungehorsam" gegen die südafrikanische Regierung aufrief. Seither gilt er als ein Vertreter der Theologie der Revolution, der den „bewaffneten Kampf" in Südafrika unterstützt.

In einem kürzlichen Interview mit dem US-Magazin „Newsweek" erklärte Boesak: „Ich spiele jetzt die Rolle eines politischen Führers, weil es hier keine wirklichen Führer gibt." Denn, so fuhr er fort, „die meisten Schwarzen wären eher für eine sozialistische Struktur als für den Kapitalismus". Boesak gehört zu den führenden Männern im südafrikanischen Kirchenrat (SACC), doch sind seine politischen Forderungen bisweilen außerordentlich umstritten. Zum neunten Jahrestag des Soweto-Aufstandes am 16. Juni rief er zu Gebeten für den Sturz der südafrikanischen Regierung auf. Verschiedene Kirchenführer distanzierten sich davon, selbst Pastor Beyer Naude, Generalsekretär des SACC, war zu einem Kommentar nicht bereit. In diesem Jahr wiederholte Boesak seine in Vancouver vorgetragenen Forderungen zum „zivilen Ungehorsam".

Im Juli warnte er in einem Fernsehinterview in London vor weiteren Gewalttaten in Südafrika nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes durch die Regierung: „Ich sehe bereits jetzt, daß unser Volk in einem nie dagewesenen Ausmaß geschlachtet werden wird." Er fügte hinzu: „Wir haben es hier mit einer sehr sanften Form von Genozid zu tun. Wir werden von einer Macht beherrscht, die entfernt an den Nazismus erinnert." Bereits vorher hatte er die südafrikanische Regierung mit dem Dritten Reich verglichen: „Wir haben es hier mit den geistigen Nachkommen Adolf Hitlers zu tun."

Bisher waren Boesak keine Beziehungen zu kommunistischen Kreisen nachzuweisen. Allerdings berichtete die Johannesburger „Sunday Times" am 4. August, er habe eine Reise nach Moskau zu den Weltjugendfestspielen geplant. Boesak dementierte diese Pläne mit der Begründung: „Das ist albern, hier habe ich genug zu tun." Doch war vorher bereits von Air France bestätigt worden, daß Dr. Boesak einen Flug von Paris nach Moskau gebucht hatte. Und zwei Wochen zuvor hatte Boesak in Cradock am Ostkap bei der Beerdigung ermordeter UDF-Mitglieder vor einer roten Fahne mit Hammer und Sichel die Grabrede gehalten.

Brasilien: Sarney beendet die Ära Neves

WERNER THOMAS, Mexico City

Der aufsehenerregende Rücktritt des brasilianischen Finanzministers Francisco Dornelles war kein überraschendes Ereignis. Der 55jährige Mann hatte nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen seinen Hut nehmen müssen. Er galt auch als Symbolfigur einer vergangenen Ära, von der sich Präsident Sarney befreien wollte – der Ära Tancredo Neves.

Der Neves-Neffe Dornelles versuchte das politische Vermächtnis seines Onkels zu verwalten, der am 21. April an den Komplikationen einer Darmoperation verstorben ist. Sarney (55) erbte das gesamte Neves-Kabinett, in dem der energische Ökonom Francisco Dornelles die Schlüsselrolle spielte. Dornelles bestimmte, assistiert von dem nun ebenfalls zurückgetretenen Zentralbankpräsidenten Antonio Carlos Lemgruber, den wirtschaftlichen Kurs der „neuen Republik".

Gegen den Widerstand des linksliberalen Planungsministers João Sayad konnten beide ein monetaristisches Programm durchsetzten, das sich kaum von der Politik der letzten Militärregierung unterschied. Dornelles und Lemgruber hielten strikte Sparmaßnahmen und eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) für notwendig.

José Sarney, einst einer der Führer der rechtsgerichteten Sozialdemokratischen Partei (PDS), der politischen Bewegung der Militärs, und seit mehr als einem Jahr Mitglied der „Liberalen Front" (PFL), rückt im Präsidentenamt nach links. Viele Beobachter glauben, daß er durch diesen Richtungswechsel nicht nur eine Profilierung sucht, sondern auch seine politische Basis erweitern möchte.

Dornelles Nachfolger, Dilson Funaro (51), bisher Präsident der staatlichen Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, betonte, daß er die Vorstellungen des Präsidenten teilt: Wirtschaftliches Wachstum und Inflationskontrolle (derzeit liege die Quote bei 220 Prozent) seien möglich. Das muß er erst noch beweisen.

Nun wird darüber gerätselt, ob der Präsident auch die Außenpolitik nach links driften läßt. Er steht unter starkem Druck linker Kräfte seiner Koalition, die die diplomatische Anerkennung Kubas fordern. (SAD)



Muß die Absicherung der Zukunft für Freiberufler zum Abenteuer werden?

Gerade heute sind immer mehr Menschen auf der Jagd nach neuen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Logisch, daß dabei auch berufliche Freiheit an Bedeutung gewinnt. Doch der Schritt in die Selbständigkeit kann nicht nur aufregend, sondern auch riskant ein. Weil es für Freiberufler keine staatlich vorgeschriebene Altersversorgung gibt.

Selbständigkeit bedeutet also auch, die finanzielle Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Dazu empfiehlt sich eine dynamische Lebensversicherung: Mit der regelmäßigen Erhöhung der Beiträge steigt automatisch die Versicherungssumme. Dadurch können Sie auch im Alter Ihren Lebensstandard aufrecht erhalten. Außerdem ist damit Ihre Familie jederzeit mit der vollen Versicherungssumme abgesichert. Vom ersten Beitrag an.

Zusätzlich sollten Sie sich gegen das finanzielle Risiko bei einer eventuellen Berufsunfähigkeit schützen.

So machen Sie mit einer Lebensversicherung immer einen guten Fang. Ganz egal, ob Sie mit der Kamera wilde Elefanten jagen. Oder ob Sie Plüschtiere im eigenen Spielzeugladen verkaufen.



Lebensversicherung

Leben braucht Sicherheit.

Carstens warnt Christen vor Forderungen nach einseitiger Abrüstung / Auszug aus der Rede vor dem Lutherischen Weltbund

„Abschreckung ist vielleicht die einzige Friedens-Garantie"

„Der Christ in der heutigen Zeit" – diesen Titel gab Karl Carstens seiner Rede vor dem Lutherischen Weltbund und dem Weltkirchenrat in Genf. Der frühere Bundespräsident sprach auf Einladung des scheidenden Generalsekretärs des Weltbundes, Carl Mau. Befremden löste in kirchlichen Kreisen der Umstand aus, daß Carstens zu einer Änderung mehrerer Passagen gedrängt wurde, „mit Rücksicht auf die Delegierten aus dem Osten". In Genf fragte man sich, ob Luthers Nachfahren klare Worte nicht mehr ertragen können.



Das zentrale Gebot, das Christus an uns richtet, ist das Gebot der Nächstenliebe. Wir sollen unseren Nächsten lieben wie uns selbst. Für ein Feindbild ist da kein Raum. Die These, daß die Politik sich in einem Freund-Feind-Verhältnis ausdrücke, ist unchristlich. Wir sind nicht gehindert, für unsere politische Überzeugung kraftvoll zu kämpfen, aber niemals dürfen wir den politischen Gegner verunglimpfen, und mögen seine Ansichten nach unserer Auffassung noch so falsch, ja gefährlich sein. Immer müssen wir bedenken, daß nach christlicher Lehre jeder Mensch das Ebenbild Gottes ist. Deswegen, und nicht nur, weil es in unserer Verfassung steht, ist die Würde des Menschen für uns unantastbar.

Gilt das auch für den werdenden Menschen, den menschlichen Embryo in seiner Schutzlosigkeit? Ich meine, wir sollten uns mit dieser Frage ernsthaft auseinandersetzen. Die Zahl der Abtreibungen erreicht allein in der Bundesrepublik Deutschland 200 000 im Jahr. Läßt uns das gleichgültig? Ich rede nicht einer Änderung der Strafbestimmungen ins Wort. Damit ist nichts gewonnen. Aber gibt es nicht andere Möglichkeiten, das werdende Leben zu schützen? Als Kardinal Volk, der katholische Bischof von Mainz, aufgefordert wurde, einen Aufruf gegen den Bau der Startbahn West im Frankfurter Flughafen zu unterschreiben, weil dadurch 40 000 Bäume bedroht waren, antwortete er: „Das Schicksal der Bäume ist mir nicht gleichgültig. Aber man muß die Proportionen sehen. In unserem Lande werden jährlich 200 000 werdende Menschen getötet. Müssen wir sie nicht noch mehr schützen?" Mir ist das als eine starke christliche Aussage erschienen.

Auch wissenschaftliche Experimente mit menschlichen Embryos und erst recht deren kommerzielle Verwendung berühren die Würde des Menschen. Der Christ sollte sich dagegen aussprechen ...

Das zweite christliche Gebot, mit dem wir uns alle ständig auseinandersetzen müssen, ist das Friedensgebot. Es ist ein zentrales Thema des christlichen Glaubens. Es gilt für jeden Christen, den Pfarrer ebenso wie den Laien, den Staatsmann, den Politiker, den Ingenieur, den Arbeiter, den Soldaten. Es ist ein Gebot, das den Christen in seinem gesamten irdischen Verhalten leiten muß. Geschichtlich gesehen war der Friedensgedanke ursprünglich eng mit der Gerechtigkeitsidee verknüpft. Nur ein gerechter Zustand verdiente nach dieser Auffassung den Namen Frieden. Damals wurde die Lehre vom gerechten Krieg entwickelt. Aber angesichts der Gefährlichkeit moderner Kriege hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß auch ein ungerechter Zustand nicht durch Krieg beendet werden darf. Selbst gegenüber legitimen Zielen gilt das Verbot der Anwendung von Gewalt. Das sind tragende Grundsätze der modernen Völkerrechtsordnung, und sie werden gewiß von den Christen bejaht.

Aus dem Friedensgebot folgt, ebenso wie aus dem Gebot der Nächstenliebe, daß wir in unserem Gegner, sei es in der Innenpolitik, sei es in der Außenpolitik, nicht den Feind sehen dürfen. Wir dürfen ihn nicht hassen,

> „Die Bergpredigt verbietet uns nicht, das Leben der uns Anvertrauten vor gewaltsamer Auslöschung zu schützen"

auch dann nicht, wenn er uns haßt. Rachegefühle dürfen wir in uns nicht aufkommen lassen. Die Erziehung zum Haß gegen den Gegner, die in einigen Armeen betrieben wird, lehnen wir ab, weil sie die Beziehungen vergiftet; aber sie gibt uns nicht das Recht, Gleiches mit Gleichem zu vergelten ...

Das Grundgesetz gibt jedem Wehrpflichtigen das Recht, aus Gewissensgründen den Wehrdienst zu verweigern. Als Christen billigen wir diese Bestimmung unserer Verfassung. Aber ist Wehrdienstverweigerung die für den Christen allein mögliche Entscheidung? Verbietet der christliche Glaube uns, uns zu verteidigen, wenn wir angegriffen werden? Darauf lautet meine Antwort und wohl die Antwort der Mehrheit der Christen: Nein, ein solches Verbot bestehe nicht. Wir dürfen uns verteidigen. Aus der Bergpredigt ergibt sich nichts anderes. Ich teile nicht die Meinung derer, die sagen, die Bergpredigt habe sich nur an die Jünger Jesu gerichtet. Sie gilt nach meiner Überzeugung für jeden Christen, auch für den, der politische Verantwortung trägt, so schwer es sein mag, ihre Gebote zu befolgen. Aber die Bergpredigt verbietet uns nach meiner Überzeugung nicht, das Leben der uns Anvertrauten vor gewaltsamer Auslöschung zu schützen. Es heißt dort zwar, wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dann biete auch die andere dar (Matthäus 5), aber es heißt nicht: wenn einer deinen ältesten Sohn getötet hat, so biete ihm auch den jüngeren Sohn dar, damit er ihn gleichfalls töte.

Die Hinnahme von Terrorismus, der Hunderte, Tausende von Menschen ohne jeden Sinn umbringt und mit Drohung und Erpressung gegen die Überlebenden arbeitet, wird uns nicht anbefohlen. „Wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen", sagt Jesus an einer anderen Stelle (Matthäus 26). Für den Schutz derer, die uns anvertraut sind, gibt die Bergpredigt keine Anweisung. Sicher meint das auch Luther, wenn er sagt: „Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium zu regieren, sich zu unterfangen, das ist ebenso, als wenn ein Hirte in einen Stall Wölfe, Löwen, Adler und Schafe zusammentäte und ein jegliches frei nebeneinander laufen ließe und sagte, da weidet und seid rechtschafften". Daraus folgt nach meiner Überzeugung, daß wir uns im Falle eines Angriffs verteidigen dürfen, und daraus folgt weiter, daß wir uns im Frieden auf eine Verteidigung gegen einen möglichen Angriff vorbereiten dürfen.

Aber, so lautet die nächste Frage, gilt das alles auch noch gegenüber einer Bedrohung mit Kernwaffen? Dürfen wir einen Gegner von einem nuklearen Angriff auf uns dadurch abzuhalten versuchen (dissuader – wie die Franzosen sagen, ein weit besseres Wort als das englische deter – abschrecken), daß wir selbst ein nukleares Verteidigungspotential aufbauen mit der Folge, daß im Falle eines Krieges Gottes Schöpfung ausgelöscht werden könnte?

Nach meiner Ansicht ist die Politik der gegenseitigen Abschreckung oder der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit, wie man sie auch nennt, auf der Grundlage des christlichen Glaubens vertretbar, wenn wir davon überzeugt sein dürfen, daß sie die bestmögliche, ja vielleicht die einzige Garantie für die Bewahrung des Friedens ist. Diese Überzeugung dürfen wir aufgrund der Erfahrungen der letzten 40 Jahre haben. Die Doktrin der dissuasion hat Europa seit über 40 Jahren den Frieden erhalten. Wo sonst auf der Welt kriegerische Konflikte ausgebrochen sind, besaßen die kriegführenden Parteien diese Fähigkeit zu gegenseitigen nuklearen Vernichtung nicht. Denken Sie an die verschiedenen Kriege im Nahen Osten, an den Golfkrieg zwischen Iran und Irak, den Vietnamkrieg, den Krieg Vietnams gegen Kambodscha, an die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion oder an den Krieg um die Falkland-Inseln. Ja, man kann sicher noch einen Schritt weitergehen und sagen: Zu dem einzigen bisherigen Einsatz nuklearer Waffen, nämlich 1945 gegen Japan, wäre es nicht gekommen, wenn Japan die Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag gehabt hätte.

Deswegen gehen nach meiner Meinung diejenigen leichtfertig mit dem Frieden in Europa um, die von dem westlichen Bündnis den einseitigen Verzicht auf nukleare Waffen verlangen, ohne irgendeine Gewähr dafür zu haben, daß dann auch der Osten seine nuklearen Waffen abschafft. Die gegenseitige nukleare Vernichtungsfähigkeit ist, so schwer es uns ankommen mag, das einzugestehen, zur Zeit leider immer noch die bestmögliche, ja wohl die einzige Garantie für die Erhaltung des Friedens. Das bedeutet nicht, daß jede Einzelheit des Verteidigungskonzepts der NATO Zustimmung verdient.

Ich kann aber Carl Friedrich von Weizsäcker nicht beipflichten, wenn er meint, die Gefahr, daß es zu einer nuklearen Katastrophe komme, werde immer größer. Herr von Weizsäcker gibt dafür auch keine rationalen Argumente, sondern beruft sich, wenn die Presseberichte zutreffen, auf ein Gefühl. Andere, die ähnliche Prognosen stellen, unterliegen, so scheint es mir, einer Verwechslung. Richtig ist, daß das Ausmaß der Katastrophe, wenn es zu einem dritten Weltkrieg kommen sollte, immer größer würde, da das Waffenarsenal ständig wächst und immer vollkommenere Waffen entwickelt werden. Aber davon zu unterscheiden ist die Frage, ob es zu einem dritten Weltkrieg kommt. Die Wahrscheinlichkeit dafür wächst nicht, vielleicht vermindert sie sich sogar angesichts der steigenden Schreckensvisionen, die mit dem Ausbruch eines solchen Krieges verbunden sind ...

Es ist die wichtigste Pflicht aller Politiker in Ost und West, dafür einzutreten, daß die nuklearen Waffen wieder verschwinden. Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziel zunächst einer ausgewogenen Verminderung, später einer Abschaffung dieser Waffen, im Rahmen einer ausgewogenen Gesamtregelung, haben höchste Priorität ...

Ebenso wie Friede ist Freiheit ein zentrales Thema der christlichen Glaubenslehre und zugleich die Grundlage jeder demokratischen Staatsverfassung, aber welche Unterschiede bestehen hier! Nach christlicher Lehre ist die Freiheit dem Menschen von Gott geschenkt. Diese Freiheit bedeutet Freiheit von der Ichsucht, vom Selbstseinwollen, sie ist identisch mit dem Glaubensgehorsam. „Wo Gott allein herrscht, da erst sind wir ganz frei", sagt Augustin. Ganz anders ist die Sicht der freiheitlichen Staatsverfassungen seit der Französischen Revolution. So heißt es in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789: „Die Freiheit besteht darin, daß man alles tun kann, was keinem anderen schadet." In dieser negativen Definition des Freiheitsbegriffs hat sich der bürgerliche Liberalismus lange Zeit erschöpft, die darin liegenden Gefahren wurden nicht erkannt. Aber schlimm wurde es erst, als sich die moderne Pädagogik des emanzipatorischen Freiheitsbegriffs bemächtigte. Ichbezogene Selbstverwirklichung, Lustmaximierung des jungen Menschen hießen die Stichworte dieser Lehre. Ichbezogene Erziehung, Trennung des Kindes von seinen Eltern, wurden gefordert. Diesen Irrweg haben wir alle teuer bezahlt. „Es gibt eine Emanzipation, die alles zerstört: Moral, Sitte, Recht, Religion, Ehe, Liebesfähigkeit, Glaubensfähigkeit", hat der Propst von Neumünster, Karl Hauschildt, kürzlich gesagt, und ich kann ihm nur zustimmen ...

> „Wenn die Unterdrückung der Freiheit immer schrecklichere Formen annimmt, dann darf der Christ gegen die Urheber dieses Übels Gewalt anwenden"

Aber das großartige Paulus-Wort „Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit" weist auch noch in eine andere Richtung. Es besagt nämlich, daß der Mensch, der in äußerer Unfreiheit und im Elend lebt, als Christ dennoch frei ist, wenn der Geist des Herrn bei ihm ist. Dafür hat Paulus mit seinem Märtyrertod selbst ein Beispiel gegeben und in jüngster Zeit wieder Dietrich Bonhoeffer.

Mit Dietrich Bonhoeffer verbinden wir das Bild eines Christen, eines christlichen Pastoren, der sich nach langem inneren Ringen einer Verschwörung anschloß, deren Ziel der Tyrannenmord, das heißt die Beseitigung Hitlers dadurch, daß man ihn tötete, war. Auch diese äußerste Konsequenz darf nach meiner Überzeugung der Christ ziehen. Wenn die Unterdrückung der Freiheit immer schrecklichere Formen annimmt, wenn die menschliche Würde Millionen von Menschen genommen wird bis hin zu Auslöschung ihrer leiblichen Existenz, dann darf der Christ, ungeachtet der Gebote der Bergpredigt, gegen die Urheber dieses Übels Gewalt anwenden. Aber, so glaube ich, eben nur gegen die Urheber des Übels und nicht wahllos gegen ganz unschuldige Menschen. Deswegen können sich nach meiner Auffassung die Befreiungsbewegungen nicht auf den Widerstand gegen Hitler vor 45 Jahren berufen, wenn sie Terror und Gewalt gegen Unbeteiligte und Wehrlose zur Erreichung ihrer politischen Ziele anwenden ...

Das Schaurigste an Unterdrükkung, Mord und Terror, was wir in den letzten 40 Jahren erlebt haben, hat sich in Kambodscha ereignet, und die Christen, die immer wieder, und mit Recht, die Zustände in Südafrika kritisieren, haben wenig Aufhebens davon gemacht. Auch was in Afghanistan geschieht, darf uns nicht gleichgültig sein, wir müssen uns davor hüten, mit zweierlei Maß zu messen, wenn wir uns gegen die Unterdrükkung der Freiheit wenden.

Das deutsche Lebensmittelrecht gilt als eines der strengsten in der Welt. Wurst- und Fleischwaren, auf unseren Tischen besonders beliebt, unterliegen dabei einer eigenständigen Verordnung. Dennoch wird immer wieder von Fremdstoffen in diesen Produkten berichtet. Diese reichen von den krebserregenden Nitrosaminen und Benzpyren bis zu Hormonen und Antibiotika. Dazu kommen Betrügereien mit importiertem Känguruhfleisch. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Einhaltung der Vorschriften hierzulande überprüft wird.

Wenn's bei der Kontrolle um die Wurst geht

Von EDWIN KLEIN

Um Fleisch und Fleischerzeugnisse möglichst von unnötigen fleischfremden Stoffen freizuhalten, hat der Gesetzgeber die Zulassung dieser Lebensmittel aus den allgemeinen Bestimmungen für Zusatzstoffe herausgenommen und sie in der sogenannten Fleisch-Verordnung (Fleisch-VO) geregelt. Dort sind Verwendungsbedingungen und Höchstmengen der zugelassenen Stoffe festgelegt.

Zwar kann nicht jede Probe auf sämtliche in der Fleisch-VO aufgeführten Stoffe untersucht werden. In den Lebensmitteluntersuchungsämtern werden jedoch alle Proben neben einer Analyse ihrer Zusammensetzung (Fettgehalt, Fremdwassergehalt, Bindegewebsanteil usw.) routinemäßig auf eine Reihe der in der Fleisch-VO geregelten Stoffe untersucht.

Dabei wird das Nitrat bzw. der Nitritgehalt, der Phosphatgehalt und der Ascorbinsäuregehalt überprüft. Daneben findet bei jeder Probe eine Untersuchung auf verschiedene fleischfremde Proteine statt, die zur Streckung von Fleischerzeugnissen geeignet sind, wie z. B. Milch-, Molke-, Eiklar-, Hefe- und Sojaeiweiß. Bei rohem Material wird zudem regelmäßig immunologisch untersucht, von welcher Tierart das verarbeitete Fleisch stammt.

Darüber hinaus wird in Schwerpunktaktionen oder in Verdachtsfällen auf weitere zulassungsbeschränkte oder unzulässige Stoffe geprüft, wobei hier nur einige Beispiele genannt werden sollen: Schwermetallgehalt von Schlachttier-Innereien, Pestizidbelastung von Wildfleisch, unzulässige Rotfärbung von Rohwürsten, Benzo(a)pyrengehalt von geräuchertem Schinken, Phenolrückstände im Geflügelfleisch.

Die Beanstandungsquote bei Fleisch und Fleischerzeugnissen liegt durchgehend über 20 Prozent. Dieser relativ hohe Prozentsatz ist u. a. darauf zurückzuführen, daß manche Produkte schon bei der Probenahme einen Verdacht bei den Ordnungsbeamten erwecken (gezielte Probeentnahme).

Es gibt eine Reihe von „Problemsubstanzen", auf die besonders geachtet werden muß: Die Gefahr der Nitrosaminbildung in Fleischerzeugnissen ist auf die Verwendung der Pökelhilfstoffe wie Nitritpökelsalz und Nitrat zurückzuführen. Aufgrund der Gefahr einer Verseuchung mit Botulinus-Bakterien und aus Mangel an entsprechenden Ersatzstoffen kann zur Zeit auf die Verwendung von Nitrit jedoch nicht verzichtet werden.

Seit 1981 ist durch den Gesetzgeber der $NaNO_2$-Gehalt des Nitritpökelsalzes um etwa 20 Prozent reduziert worden, um nur noch soviel Nitrit zu Fleischerzeugnissen zuzusetzen, wie zu ihrer mikrobiologischen Stabilität tatsächlich erforderlich ist. Im übrigen wird neben dem Nitritpökelsalz häufig auch Ascorbinsäure verarbeitet, wodurch die Gefahr der Nitrosaminbildung erheblich vermindert wird. Die Ermittlung der Nitrosaminspuren, die im ppb-Bereich (milliardstel Gramm) liegen, erfordert einen immens hohen analytischen und apparativen Aufwand, so daß eine Untersuchung sinnvollerweise in eigens dafür eingerichteten Instituten erfolgt.

Das Problem des Benzo(a)pyrens ist eng mit der unsachgemäßen Räucherung von Fleischprodukten verknüpft. Vor allem bei der Schwarzräucherung von Rohschinken treten neben einer Vielzahl von organischen Stoffen eine Reihe von Verbindungen, sogenannten PAK (polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe) auf, von denen das krebserregende 3,4-Benzpyren als Leitsubstanz angesehen wird. Bei Untersuchungen an Schinkenproben, die hier durchgeführt wurden, sind ausnahmslos Werte unterhalb des in der Fleisch-VO festgelegten Grenzwertes von 1 ppb gefunden worden.

Routinemäßig wird jede Probe auch auf den Zusatz von Diphosphaten untersucht. Daneben wird die zugesetzte Phosphatmenge überprüft, die in Anlage 1 zur Fleisch-VO auf 0,3 Prozent begrenzt ist (bezogen auf die verwendete Fleisch- und Fettmenge). Phosphate beinhalten immer geringe Mengen an Schwermetallen, so daß ihre Aufnahme begrenzt werden muß. Beanstandungen wegen einer Überdosierung von Diphosphat sind allerdings selten.

Die Prüfung auf Hormone und Antibiotika muß sinnvollerweise durch Untersuchung am Schlachttierkörper erfolgen, d. h. direkt auf dem Schlachthof, denn Arzneimittel bauen sich relativ schnell ab. Die Untersuchung des frisch geschlachteten Tieres bietet so die besten Voraussetzungen für ein Einschreiten.

Aufgrund der unterschiedlichen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen in den Nachbarländern ist ein besonderes Augenmerk auf importierte Fleischwaren zu richten. Dies geschieht vor allem dadurch, daß Sonderproben direkt bei der Einfuhr entnommen werden. Solchen Untersuchungen steht allerdings entgegen, daß Art. 34 der EG-Verträge jede Behinderung des freien Warenverkehrs verbietet. Daß solche Kontrollen auch ohne Verletzung dieses Artikels möglich sind, haben jedoch Grenzkontrollen auf dem Obst-, Gemüse- und Fleischsektor bewiesen.

Vereinzelt haben Fälscher versucht, einen höheren Fleischgehalt ihrer Produkte vorzugeben; dazu bieten sich eiweißreiche Stoffe an, die billiger als Fleisch sind, das Produkt geschmacklich nicht negativ beeinflussen und analytisch nicht oder nur sehr schwer nachweisbar sind. Es besteht schon seit längerer Zeit der Verdacht, daß vereinzelt mit pflanzlichen Eiweißhydrolisaten (Beffe-Pulver) gearbeitet wird, die mit den herkömmlichen Untersuchungsmethoden nicht faßbar sind. Diese können zwar normalerweise keine toxischen Wirkungen verbreiten, sind aber geeignet, den Verbraucher zu täuschen und auch Wettbewerbsverzerrung hervorzurufen. An Nachweismethoden, die auch im Routinebetrieb einsetzbar sind, wird jetzt im Rahmen eines Forschungsvorhabens gearbeitet.

Edwin Klein ist Direktor des Lebensmitteluntersuchungsamtes in Aachen.

Bei allen Importen von Fleisch oder Fleischerzeugnissen wird schon an der Grenze untersucht, ob die Produkte den Vorschriften des deutschen Lebensmittelrechts entsprechen FOTO: MEISEL/VISUM

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Atommüll ins Meer?

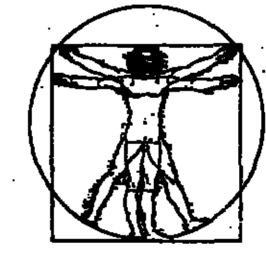
Bonn (DW.) – Gegen den Vorschlag des Deutschen Atomforums, atomaren Sondermüll (insbesondere radioaktive Isotope von Krypton und Kohlenstoff sowie radiumhaltige Produkte) in der Tiefsee zu versenken, hat jetzt der Bundesverband Deutscher Geologen (BDG) größte Bedenken angemeldet. Abgesehen davon, daß die Weltmeere schon durch Abfallstoffe aller Art stark belastet sind, sei dieser Vorschlag von besonderer Brisanz. Im Gegensatz zu der Meinung des Atomforums sei das Tiefseewasser nach neueren Erkenntnissen sauerstoffreich, wodurch in Verbindung mit Chloridionen eine sofortige Korrosion der Metallbehälter einsetzen würde. Die Stoffe würden dann durch Austauschvorgänge im Meer an die Oberfläche gespült.

Schwimmende Kraftwerke

Tokio (dpa) – Ob Kernkraftwerke künftig auf hoher See errichtet werden sollen, prüft gegenwärtig eine Studie des Zentralen Forschungsinstitutes der japanischen Kraftwerks-Industrie. Das Vorhaben soll mehrere Probleme mit einem Schlag lösen, vor allem die schwierigen Standortfragen und hohen Baukosten an Land.

Flüsse sind sauberer

Gießen (dpa) – Die Wasserqualität der deutschen Flüsse hat sich nach Darstellung der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik in den letzten zehn Jahren „um zwei Güteklassen verbessert". Das Wasser des Rheins enthalte, so der Präsident der Gesellschaft, beispielsweise heute soviel Sauerstoff wie vor 30 Jahren". Die Abwasserbelastung mit Metallen habe im letzten Jahrzehnt um etwa 50 bis 70 Prozent abgenommen, und auch die Belastung mit anderen Substanzen wie etwa chlorierten Kohlenwasserstoffen sei deutlich zurückgegangen.



Schatzkammer der Natur

Kelheim (dg.) – Auf die Bedeutung von Trockenwäldern und -gebüschen als biologische Schatzkammern haben Wissenschaftler auf einem Seminar der Akademie für Naturschutz Laufen in Kelheim hingewiesen. Die wärmeliebenden Eichen- und Kiefernwälder gewährten zum Teil sehr seltenen licht- und wärmehungrigen Pflanzen Lebensraum, die aus anderen Gebieten Europas eingewandert seien. Diese Artenkombination, die sich heutzutage praktisch nicht mehr neu bilden könne, sei ein Relikt einer Jahrtausende zurückliegenden wärmeren Periode.

Träumen gegen Streß

Bonn (DW.) – Für die Verarbeitung von emotionalem Streß sind bestimmte Traumphasen wichtig, die während des Schlafens auftreten. Dieser sogenannte REM-Schlaf kann bei verschiedenen Menschen unterschiedlich lang sein. Nach Untersuchungen von F. Strunz sind diese Schlafphasen, in denen das Gehirn sehr aktiv ist (Traumphasen), bei Personen besonders ausgeprägt, die Sorgen, Ängste oder Depressionen haben.

Konkurrenz für Lauscher aus dem All

Treibende Funkbojen auf den Ozeanen verbessern die Erfassung von Wetterdaten

Von DIETER THIERBACH

Daß Handelsschiffe zur weltweiten Wetterwacht gehören, ist allgemein bekannt. Während sie sich auf hoher See befinden, geben sie in regelmäßigen Abständen über Funk Wettermeldungen durch, die von zentralen Wetterdiensten ausgewertet werden.

Über gut ausgebaute Meßnetze verfügen die Meteorologen aber nur auf dem Lande. Noch immer fehlen so ausreichende Aufschlüsse über das aktuelle Wetter über riesigen Bereichen der Erdoberfläche, von denen manche als „globale" Wetterküchen gelten. Die meisten davon liegen in den Weltmeeren; die an der Wetterentstehung beteiligten Ozeane machen rund 70 Prozent der Erdoberfläche aus.

Schaltzentrale in Toulouse

Am deutlichsten fühlbar sind „Meßlücken" auf der Südhalbkugel, wo die Landmassen spärlicher als auf der nördlichen Hälfte des Globus verteilt sind. Aus den Funkmessungen der Wettersatelliten lassen sich zwar die wichtigsten Wetterdaten ableiten. Exakte Messungen aber setzen voraus, daß sich Luftdruck und Temperatur an der Erdoberfläche hinreichend genau abschätzen lassen.

Dem will nun das internationale Projekt TOGA (Tropischer Ozean und globale Atmosphäre) abhelfen. Man hat jetzt begonnen, bis 1995 etwa 150 treibende Funkbojen zwischen 20 und 65 Grad südlicher Breite in durchschnittlichen Abständen von 1200 Kilometern in den Ozeanen auszusetzen.

Die schwimmenden Beobachtungsstationen enthalten jeweils Meßinstrumente für den Luftdruck, die Luft- und die Wassertemperatur. Gesammelt werden die von den Bojen gesendeten Meßdaten (Frequenz 401,65 MHz) durch zwei in 830 und 870 Kilometer Höhe stationierte Satelliten der amerikanischen Behörde für Atmosphären- und Ozeanforschung. Die empfangenen Daten laufen im franko-amerikanischen Erfassungs- und Ortungsnetz „Argos" in Toulouse, dem Zentrum der französischen Weltraumbehörde CNES, ein.

Auf ihren Bahnen, die sie über die Pole und stets zur selben Ortszeit über den Äquator führen, erfassen die Satelliten alle Sender in einem 5000 Kilometer breiten Streifen. Durch die Erddrehung verschiebt sich der Streifen von einer Umdrehung zur anderen um 2800 Kilometer. Auf diese Weise überquert jeder Satellit den Äquator sechs- bis siebenmal, die Bundesrepublik 13 bis 14mal am Tage, während er die Pole täglich 28mal überfliegt.

40 Anfragen gleichzeitig

Ein wichtiger Programmpunkt im Rahmen von TOGA ist die Verteilung von Temperatur-Strukturen in den Ozeanen, da von ihr deutliche Wirkungen auf das globale Klima ausgehen. Die Passatwinde der Tropen schieben zum Beispiel das sich erwärmende Oberflächenwasser nach Osten. So entstehen Meeresströmungen mit einer typischen Temperaturverteilung. Werden diese Abläufe aus irgendeinem Grund durchbrochen, sind klimatische Veränderungen die Folge.

In Toulouse lassen sich gleichzeitig 40 Anfragen von Interessenten, meist nationalen Wetterdiensten, über Telex, Akustikkoppler oder Datenleitungen der Post abrufen und verarbeiten. Drei Supercomputer übernehmen die Datensammlung und -verarbeitung, Bahnberechnungen und Auswertung der Ortungen, bzw. die Datenverteilung auf Abruf.



CDU: Die Führungsglocke soll Entscheidungswillen signalisieren. Neben Helmut Kohl links Heiner Geißler, rechts Alfred Dregger.



SPD: Noch bildet Willy Brandt die Klammer. Rechts von ihm Nachfolgekandidat Johannes Rau, links Kandidat Hans-Jochen Vogel.

WELT-Serie: Was ist los mit den Deutschen? (5. Folge)

Hier listet der Autor die grundsätzlichen Schwierigkeiten auf, mit denen die beiden großen Parteien in den nächsten Jahren zu tun haben werden. Den Grünen gibt der Politik-Wissenschaftler auf Dauer keine Chance. Während die CDU/CSU als „Volkspartei der Mitte" etwas bessere Aussichten hat, kommt den Sozialdemokraten zugute, daß sich ihnen die Medien wohlwollender öffnen. Die klassische SPD-Wählerschaft schrumpft, die Entscheidung fällt im neuen Mittelstand.



Die Grünen: Zum ersten Mal im Deutschen Bundestag, besetzten die Grünen 1983 die Scheidelinie zwischen den beiden großen etablierten Parteien. Mit Vogel und Kohl wollten die Damen offenbar nicht klatschen. FOTOS DPA

Sag mir, wo die Proletarier sind . . .

Von WALTER LAQUEUR

Mit ihren Führungskräften sind die politischen Parteien in den Jahrzehnten nach dem Kriege im großen und ganzen nicht schlecht gefahren. Das allgemeine Niveau ihrer Kompetenz hielt Vergleiche mit anderen europäischen Ländern aus, und die politische Kontinuität, die das Land dringend brauchte, war gesichert.

Konrad Adenauer wurde der erste Kanzler der Bundesrepublik mit einer Stimme Mehrheit – seiner eigenen – und regierte vierzehn Jahre lang. Ein konstruktives Mißtrauensvotum, das die Christdemokraten 1972 (zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik) gegen die sozialdemokratische Regierung einbrachten, wurde abgelehnt – mit einer Stimme Mehrheit –, und die Sozialdemokraten blieben weitere zehn Jahre an der Macht.

Die westdeutsche Innenpolitik bewegt sich wie die anderer demokratischer Länder in Zyklen. Das Adenauer-Regime bot für siebzehn Jahre Stabilität, aber um 1966 hatten sich die Christdemokraten verausgabt: an Schwung, Ideen und Führungspersonal. Die Tür öffnete sich, zuerst für die Große Koalition (1966–1969) und dann für dreizehn Jahre sozialdemokratischer Regierung. Noch vor Ende dieser Periode ließen die Sozialdemokraten Anzeichen von Müdigkeit und Uneinigkeit erkennen. Helmut Schmidts Schwierigkeiten hatten ebenso viel mit seiner eigenen Partei wie mit der CDU und dem Partner FDP zu tun. Die Umstände der „Wende" von 1982 waren eine Überraschung, nicht aber der Sturz der Regierung und die darauffolgende Wahlniederlage der SPD. Wenn das Gesetz der Zyklen auch hier zutrifft, dürften die Christdemokraten ziemlich lange an der Regierung bleiben. Die Gesetze der Politik sind aber nicht die der Naturwissenschaften; manchmal spielen einzelne Persönlichkeiten eine entscheidende Rolle, manchmal auch der Zusammenhalt (oder dessen Fehlen) innerhalb der Parteiführung.

Es gibt noch andere Fragezeichen: Die Sozialdemokraten erreichten nie die absolute Mehrheit, die Christdemokraten nur einmal, 1957. Immer hingen beide von Koalitionspartnern ab, den Liberalen (der FDP), die einmal eine Mitte-Rechts-Position einnahmen, dann mit der SPD und schließlich abermals mit der CDU eine Koalition eingingen. Aber die FDP ist schwächer geworden, und mit dem Erscheinen der Grünen hat sich die Konstellation kompliziert. Teile der Grünen wollen nach schweren inneren Kämpfen auf regionaler Basis mit der SPD zusammenarbeiten. Wenn sie auch in der kommenden Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde nehmen sollten (was nicht sicher ist) und die FDP sie verfehlt (was möglich ist), werden die Grünen das politische Zünglein an der Waage sein. Wahrscheinlicher aber ist eine Spaltung zwischen denen, die das parlamentarische Spiel weiterhin mitspielen wollen und denen, die ihre eigentliche Aufgabe wie in der Vergangenheit in außerparlamentarischen Aktivitäten sehen.

Es gab eine Zeit, da die Grünen die Partei der Zukunft, die Hoffnung der jungen Generation zu sein schienen. Sie sind aber eine Protestbewegung gegen die etablierte Ordnung ohne praktikable Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme geblieben. Fehlende Organisation, mangelnde Parteidisziplin, der schwerfällige Prozeß beim Fällen von Entscheidungen machen es praktisch unmöglich, daß sie zu einer wirksamen politischen Kraft werden, sieht man einmal von den diversen Wahnideen ab, denen viele Grüne immer noch verhaftet sind.

Chancenlos bleiben Grün und Braun

Viel ist über Staats- und Parteiverdrossenheit geredet worden, die es in größerem oder kleinerem Maß immer in demokratischen Gesellschaften gibt. Sie werden nur bedrohlich, wenn aus Unsicherheit und Unmut eine Massenbewegung entsteht, wie in der Weimarer Republik geschehen. Die Deutschen neigen zum Nörgeln, aber die Abneigung gegen das parlamentarische System ist in der Bundesrepublik nicht größer als in anderen europäischen Ländern. Mit Ausnahme der Grünen haben radikale Gruppen keinen Aufschwung erlebt, und die Grünen dürften den Höhepunkt ihres Einflusses erreicht haben.

Die Erfahrungen des Dritten Reichs werden auch künftig als Abschreckung gegen ein massives Wiederauftreten eines Rechtsextremismus ihre Wirkung tun, und die Gegebenheiten in der DDR werden keine Massenbegeisterung für den Kommunismus sowjetischen Stils aufkommen lassen.

Ob das jetzige System der Bundesrepublik eine größere politisch-wirtschaftliche Krise überstehen wird, wie die Weimarer Republik sie erlebte und an der sie zugrunde ging? Die Geschichte wiederholt sich nicht – entgegen einer weitverbreiteten Ansicht. Die Schwierigkeiten, denen sich die Bundesrepublik im nächsten oder in den beiden nächsten Jahrzehnten gegenüber sehen wird, werden anderer Art sein.

Es ist die Stärke und die Schwäche der Christlich-Demokratischen Union, daß sie eine Koalition aus vielen sehr unterschiedlichen Gruppen darstellt – aus Nord- und Südlichtern, aus Katholiken und Protestanten, aus Konservativen wie Alfred Dregger und Liberalen wie Kurt Biedenkopf, aus Großindustriellen und kleinen Handwerkern, nicht zu vergessen die Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern. Die CDU ist dank ihrer weitgefächerten Klientel die Partei der Mehrheit; sie könnte aber 1987 oder in der darauffolgenden Wahl die Macht einbüßen, wenn sich ihre Fehler und Pannen zu sehr häufen, wenn ihr Führungspersonal nicht zusammensteht, wenn der Kanzler nicht länger Vertrauen einflößt, wenn sich die bayerische CSU zu weit vom Zentrum der bundesdeutschen Politik entfernt. Die hauptsächliche Gefährdung der CDU besteht in der Möglichkeit, daß der soziale Konsens, auf dem sie beruht, in einer Zeit der Krise zerbricht.

Die Führungsschicht der CDU entstammt vornehmlich dem unteren Mittelstand: Helmut Kohls Vater war ein kleiner städtischer Beamter, der Vater von Strauß war Metzger, die Väter von Rainer Barzel und Karl Carstens waren Lehrer (ebenso der von Helmut Schmidt). Gerhard Stoltenberg stammt aus einem Pfarrhaus, Manfred Wörners Vater war selbständiger Geschäftsmann, der „klein angefangen" hatte. Norbert Blüm arbeitete als Werkzeugmacher bei Opel in Rüsselsheim. Aus dem oberen Mittelstand stammen Friedrich Zimmerman, Alfred Dregger, Kurt Biedenkopf und Walther Leisler Kiep; ihre Väter waren wohlhabende Geschäfts- oder Kaufleute. Die Sozialdemokraten haben mehr „Herren von . . ." in ihrer Führung als die CDU. Allgemein betrachtet gibt es zwischen der CDU und der Nach-Brandt-und-Wehner-SPD keine bedeutsamen Unterschiede, was die soziale Herkunft angeht. Hans-Jochen Vogels Vater war Professor in Göttingen, jener Horst Ehmkes Arzt mit einer Privatklinik. Die FDP ist „bürgerlicher" als die beiden größeren Parteien.

Die Probleme, mit denen sich die Sozialdemokraten in den kommenden Jahren zu befassen haben, sind denen der CDU nicht unähnlich – verschiedene Interessengruppen in Übereinstimmung zu bringen und sich zugleich nicht zu weit von der Mitte zu entfernen.

In der Opposition floriert „Links"

Der Drang nach links ist derzeit in der SPD stark, aber was heißt heutzutage schon links? Wie die CDU ist die SPD traditionell eine Koalition gewesen – in ihrem Fall zwischen einem pragmatisch-reformistischen (oder „revisionistischen") und einem marxistisch-revolutionären Flügel. Unter Schmidts Kanzlerschaft hatten die Linken wenig Spielraum. Als die Partei aber in die Opposition gehen mußte, gewann dieser Flügel Oberwasser und tat sich vor allem in der Zurückweisung der alten Verteidigungspolitik hervor. Auch waren nun viele SPD-Linke bereit, auf regionaler Basis mit den Grünen zusammenzuarbeiten.

Wie revolutionär, wie marxistisch sind Hans-Ulrich Klose, Peter von Oertzen, Peter Conradi, Oskar Lafontaine und die anderen Repräsentanten der Linken? Die Antwort lautet: nicht sehr. Sie träumen nicht vom Generalstreik und schon gar nicht vom bewaffneten Aufstand.

Die SPD muß zu einem Programm finden, das die radikaleren Genossen zufriedenstellt, die die NATO nicht wollen, das aber gemäßigt genug ist, um jene potentiellen Wähler nicht abzuschrecken, die ein starkes Verteidigungsbündnis einer *splendid isolation* vorziehen. In der Opposition mag die Partei Formulierungen finden, die vage genug sind, um auch gegensätzliche Standpunkte befriedigen zu können; sollte sie aber eines Tages an die Macht zurückkehren, wird sie sich für die eine oder andere Seite entscheiden müssen.

Das Dilemma der SPD in ihrem Verhältnis zu den Grünen (und zu den „neuen sozialen Kräften" im allgemeinen) ist eher noch akuter, weil Entscheidungen hier nicht hinausgeschoben werden können. Der Lebensstil der Grünen, ihre Moral, ihre Einstellung zur Arbeit und zu anderen überkommenen Werten sind für den durchschnittlichen SPD-Wähler aus der Arbeiterklasse und natürlich auch für jenen des unteren Mittelstands unattraktiv. Die SPD will sich aber nicht die alternativen Studenten, Lehrer und Sozialarbeiter zu Gegnern machen; zugleich möchte sie die Empfindlichkeiten ihrer traditionellen Anhänger unter den Arbeitern nicht verletzen. Sie muß also für ganz unterschiedliche Gruppen Verschiedenes sein; dabei besteht die Gefahr, die eine oder andere Gruppe durch zu große Konzessionen zugunsten einer anderen vor den Kopf zu stoßen.

Im Rückblick gesehen hatten die Sozialdemokraten in den sechziger Jahren Erfolge, weil sie sich das Image einer Volkspartei zuzulegen und aus dem „Arbeiterklasse-Getto" auszubrechen vermochten. Seither hat der Anteil der Handarbeiter in der Bevölkerung abgenommen, und die Zahl derer, die sich als Proletarier bezeichnen, ist noch rapider dahingeschmolzen. Für die SPD stimmen immer noch mehr Arbeiter als für die CDU, aber der Abstand ist nicht mehr groß. Nach kürzlichen Umfragen geben 46 Prozent der Handarbeiter ihre Stimmen den Sozialdemokraten und 44 Prozent den Christdemokraten. Beide Parteien haben auch etwa den gleichen Prozentsatz von Angestellten in ihrer Wählerschaft.

Auch die Zahl der Arbeiter unter den sozialdemokratischen Parteifunktionären hat, selbst auf unterer und lokaler Ebene, abgenommen; sie wurden durch jüngere Mitglieder mit höherer Schulbildung ersetzt, die nicht aus dem Arbeitermilieu stammen.

Eine gewisse in jüngster Zeit zu beobachtende Radikalisierung der Sozialdemokratie beruht nicht auf dem Kampfgeist der Arbeiterklasse, sondern auf der kulturellen und politischen Orientierung bestimmter Schichten des neuen Mittelstands, für die die CDU der Gegner ist. Diese Mittelstandsradikalen sind zusammen mit den Grünen wichtige Bundesgenossen für die SPD, auch und gerade wegen ihres starken Rückhalts in den Medien und im Bildungswesen. Die kulturell-ideologische Trennungslinie in der bundesdeutschen Politik verläuft zwischen verschiedenen Schichten dieses neuen Mittelstands; geographische Faktoren, religiöse Bindung und generationsmäßige Zusammensetzung sind wichtiger als soziale Konflikte. Es handelt sich nicht mehr um Klassenkampf, sondern um eine Art Kulturkampf.

Willy Brandt und andere bemühen sich nach Kräften, nicht den Kontakt mit der jungen Generation, ihren Gefühlen und Forderungen zu verlieren. Die Sozialdemokratie steht aber keiner Generation gegenüber, die aus einem Guß wäre, sondern jungen Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensauffassungen und einander oft widersprechenden Orientierungen.

Kontakt mit Jugend – aber mit welcher?

Zudem ändern sich die Ansichten dieser jungen Generation rapide. Diejenige von 1984 unterscheidet sich von jener des Jahres 1970, und die von 1990 wird wiederum ganz anders sein. Zu dem Zeitpunkt, da sich die Parteiführung einer jungen Generation angepaßt hat, wird diese schon wieder von einer nächsten abgelöst sein. Auch ist es nicht möglich, für jene Jugendlichen, die willens sind, innerhalb des „Systems" zu leben und zu arbeiten, und jene anderen, die bereits „ausgestiegen" sind, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Auch die Wirkungsmöglichkeiten der westdeutschen Gewerkschaften, des DGB, nehmen im Schatten einer nur noch langsam expandierenden Wirtschaft tendenziell ab. So sehr die Regierung zur Hilfe bereit sein mag, kann sie doch die Nachfrage nach nicht benötigten Produkten keinesfalls künstlich steigern oder die Einführung neuer Maschinen aufhalten. Die Gewerkschaften haben das Recht, für die Interessen ihrer Mitglieder zu kämpfen und auf Parteien und Regierung Druck auszuüben. Aber ihre gesteigerte Militanz kann die Tatsache nicht ungeschehen machen, daß ihre Position aus Gründen, die weder sie noch die Regierung beeinflussen können, geschwächt wurde.

Der Einfluß der Kirchen und des Bildungswesens auf die öffentliche Meinung läuft kaum Gefahr, ignoriert zu werden, während jener der Medien häufig unterschätzt wird. Die Hauptfunktion des Fernsehens ist natürlich die Unterhaltung, aber auch seine Bedeutung als Informationsquelle ist nicht unwichtig. In einer Umfrage aus dem Jahre 1980 nannten 49 Prozent das Fernsehen als ihre Informationsquelle über die Weltereignisse; der Prozentsatz war höher als der von Presse und Rundfunk zusammengenommen. Noch überraschender ist, daß die Glaubwürdigkeit des Fernsehens höher gewertet wird (53 Prozent) als die des Rundfunks (17 Prozent) oder der Presse (12 Prozent).

Die Fernsehprogramme in demokratischen Ländern neigen dazu, sich auf Unzulänglichkeiten und Mißerfolge zu konzentrieren, und da die jeweilige Regierung, nicht die Opposition die „Nachrichten macht", ist sie kritischeren Blicken unterworfen als die Opposition.

Im großen und ganzen kommen die Sozialdemokraten im Wettbewerb um die Gunst der Fernsehzuschauer besser weg. Man wird kaum je erleben, daß ein Fernsehkommentator ein Loblied auf einen Politiker singt, auch nicht auf Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel; aber in ihrer Kritik an christdemokratischen Politikern liegt nicht selten Schärfe.

In der bundesdeutschen Telekratie gibt es mehr Sympathisanten der Linken als der Rechten, und dies ist nicht nur in den politischen Sendungen zu erkennen, sondern auch in anderen Programmen, etwa in sozialen und kulturellen Reportagen, in Theaterstücken und sogar in Kindersendungen.

Morgen lesen Sie:

Noch einmal beschäftigt sich Walter Laqueur mit den Selbstzweifeln der Deutschen und mit den daraus resultierenden Irritationen in den Staaten. Sein Resümee: vorerst wie gehabt.

Copyright by Ullstein Verlag Gmbh

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streit im Händlerverband

„Das ‚starke Stück' oder Ein Verband gerät in Nöte": WELT vom 14. August

Sehr geehrte Herren,

nach jahrelanger Beobachtung kann ich bestätigen, daß die von Herrn Mahnke aufgeführten Vorgänge auch nach meiner Meinung den Tatsachen entsprechen. Die sich daraus ergebenden Sorgen bezüglich der Zukunft des Verbandes BGA teile ich.

Etwaige Angriffe gegen Herrn Mahnke wären unberechtigt, und diejenigen, die mit seinen Ausführungen nicht einverstanden sind, sollten gebeten werden, zu den einzelnen Punkten sachlich Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen
W. M. Maibaum,
Hamburg 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie man dem „Hoppenstedt" entnehmen kann, ist die deutsche Verbandslandschaft ein Flickenteppich. Das liegt wohl im Wesen einer Demokratie.

Der BGA lief bereits Ende der 70er Jahre Gefahr, sich durch Austritt der Außenhandelsverbände zu spalten. Erst durch den De-facto-Rücktritt des „Frankfurter Urgesteins", Fritz Dietz, wurden diese Abspaltungstendenzen erstickt. Keine sieben Jahre später eröffnet der Exporthandel eine eigene Repräsentanz.

Schade, daß die WELT nicht recherchiert hat, welche Spannungen in diesem Händlerverband wirklich vorherrschen, und was nun dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Siemann wirklich vorgeworfen wird. Leider wird auch nicht auf die seltsame Rolle des BGA-Hauptgeschäftsführers Dr. Stahlmann eingegangen. Schon während der sogenannten Dietz-Affäre war er außerstande, den Spitzenverband aus dem Negativ-Image herauszuholen. Wiederum ist er nicht in der Lage, BGA-interne Probleme unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu lösen.

Die Verbandslandschaft wird sich durch eine Spaltung des BGA kaum verändern. Präsident Richter und Hauptgeschäftsführer Dr. Stahlmann werden als Spalter in die Geschichte des Verbandswesens eingehen. Wo bleibt ihr Rücktritt?

Mit freundlichen Grüßen
S. Sarter,
Bonn 1

Aussperrung

„Angriffs-Aussperrung zulässig": WELT vom 22. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

das vor kurzem veröffentlichte Gutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts (BAG), Professor Gerhard Müller, erregt offensichtlich verschiedene Gemüter.

Dabei wird oft übersehen, daß Müller mit seinem Gutachten bezüglich der Zulässigkeit einer Angriffs-Aussperrung durch den Arbeitgeber, die ständige Rechtsprechung des BAG wiedergibt. Der Große Senat des BAG hat in seinem Beschluß vom 21. 4. 1971 [BAGE 23,292(308)] die Auffassung vertreten, daß auch die Arbeitgeber das Recht hätten, ihrerseits mit einer Aussperrung den Arbeitskampf zu eröffnen.

An dieser Rechtslage hat sich auch durch spätere Entscheidungen des BAG, wie etwa die Aussperrungsurteile vom 10. 6. 1980, nichts geändert. In diesen Fällen hatte das Gericht jeweils nur die Frage zulässiger Abwehraussperrungen zu entscheiden, was oft übersehen wird. Insoweit sind die Äußerungen Müllers kein „Novum".

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Schliecker,
Hamburg 90

Sachverständige

„Leserbrief: Prüfstelle"; WELT vom 22. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wunsch ist erfüllt. Die im BVH – Bundesverband vereidigter Handelschemiker – zusammengeschlossenen Chemiker befassen sich als öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige mit der Feststellung der Beschaffenheit, des Reingehalts, der Verunreinigungen oder des Schadstoffgehaltes, des Nutzwertes, der Beständigkeit von Stoffen jeder Art, insbesondere auch Lebensmitteln, und auch mit der Wirkungsweise von Anlagen, Einrichtungen, Arbeitsgeräten, Triebwerken solcher Art, bei denen die Wirkungsweise im Zusammenhang mit darin umgesetzten Stoffen steht.

Die BVH-Mitglieder sind selbständig freiberuflich tätig und unterliegen daher weitgehenden Einschränkungen der Werbung für ihre Tätigkeit wie andere freie Berufe auch, z. B. Ärzte und Rechtsanwälte. Leider teilen sie mit diesen Berufen nicht deren Bekanntheit. Die vereidigten Handelschemiker werden von den von B. Lorenzen gemeinten „sauberen" Lebensmittelherstellern, auch von Händlern zwischen Erzeuger und Verbraucher rege in Anspruch genommen, z. B. freiwillig in Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten, bei Handelsverträgen, Schadens- und Streitfällen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wilfried Frei,
Bundesverband vereidigter Handelschemiker e. V.,
Hamburg

Bitte um Hilfe

„Uganda braucht Hilfe"; WELT vom 26. August

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

ich kann die Forderungen und Schlußfolgerungen nur unterstreichen, die der CDU-Abgeordnete und Uganda-Experte Heinz-Günther Hüsch aus seinem jüngsten Besuch in Kampala zieht. Da ich mich im Auftrag des Komitees Not-Ärzte zeitgleich mit Herrn Hüsch in Kampala, im Norden (Luwero-Dreieck) und Westen des Landes (Mityana, Bukomero, Kirioga) aufgehalten habe, darf ich dem Bericht von Heinz-Günther Hüsch noch hinzufügen: Der neue ugandische Gesundheitsminister Dr. Benjamin Obonyo hat das Komitee Cap Anamur/Not-Ärzte gebeten, neben seiner bisherigen Station im Westen des Landes (Kirioga) noch folgende Notstandsgebiete mit Medizin und Nahrungsmitteln zu versorgen:

- Im Luwero-Gebiet soll das Hospital Nakaseke, in dem das Komitee in den Tagen des heftigsten Bürgerkriegs vom Oktober 1983 bis Oktober 1984 bereits gearbeitet hatte, erneut tätig werden. Ich konnte mir das Hospital im Luwero-Busch ansehen, wo sich jetzt wieder viele Menschen aus ihren Fluchtverstecken sammeln und die Dringlichkeit der Hilfsmaßnahme bemerken;
- in Yumbe, einem Ort in der Provinz West-Nile in unmittelbarer Nähe zu Sudan, wo an die 30 000 Exil-Ugander wieder zurückgekommen sind und wo ein Hospital seit Jahren auf seine Rehabilitation wartet.

Das Komitee bittet die Bevölkerung, diese beiden Projekte zur Hilfe und Rettung von Menschen mit Spenden zu unterstützen: Stadtsparkasse Köln 22 22 22 2.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Dr. R. Neudeck,
Köln

Wort des Tages

„Sein Jahrhundert kann man nicht ändern, aber man kann sich dagegen stellen und glückliche Wirkungen vorbereiten."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

EHRUNGEN

Ministerpräsident **Johannes Rau** überreicht am Donnerstag dem Kammersänger **Rudolf Schock** (Düren) für dessen herausragende künstlerische Leistungen das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

*

Die höchste Auszeichnung El Salvadors, der Jose-Matias-Delgado-Orden, wurde dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundesminister a. D. **Dr. Bruno Heck**, verliehen. Im Rahmen einer Feierstunde überreichte der Planungsminister des lateinamerikanischen Landes, **Dr. Fidel Chavez Mena**, im Namen von Präsident **Napoleon Duarte** Dr. Heck das Großkreuz.

*

Der frühere amerikanische Gesandte **Hans N. Tuch** erhielt in Washington aus der Hand des deutschen Gesandten **Hans-Theodor Wallau** das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Bundesverdienstkreuz. Tuch, der bis Anfang 1985 für die amerikanische Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik verantwortlich war, habe während seiner insgesamt vierzehnjährigen Tätigkeit in Deutschland als „perfekter Mittler und Vermittler" zwischen den beiden Ländern gewirkt, sagte Wallau. 1924 in Berlin geboren, war Tuch 1938 in die Vereinigten Staaten emigriert und diente während des Zweiten Weltkriegs als Intelligence-Experte bei US-Luftlandetruppen in Europa. 1949 trat er in den Auswärtigen Dienst ein; nach Stationierungen in Stuttgart, Frankfurt, München, Moskau, Washington und Sofia arbeitete Tuch von 1967 bis 1970 als Public Affairs Officer in Berlin. In den letzten fünf Jahren gehörte er in führender Position der US-Botschaft in Bonn an.

UNIVERSITÄT

Der Professor für Astronomie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, Dr. **Hans Schmidt**, ist in diesem Monat emeritiert worden. Professor Hans Schmidt, geboren 1920 in Remscheid, studierte von 1939 bis 1942 in Jena und Bonn. Seine Promotion erfolgte 1942 in Bonn, seine Habilitation 1952. Seit 1966 war Hans Schmidt ordentlicher Professor für Astronomie an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät.

Im Alter von 86 Jahren ist der Apostolische Protonotar Prälat Dr. **Alois Wuttke** in West-Berlin verstorben. Wuttke, der aus dem Erzbistum Breslau stammte und Mitglied von dessen Domkapitel war, wirkte nach Kriegsende zuerst in Görlitz, dann in West-Berlin. **Papst Paul VI.** ehrte Wuttke 1973 mit der Ernennung zum Apostolischen Protonotar. Im vergangenen Jahr feierte Wuttke sein diamantenes Priesterjubiläum.

Dem Zynismus entronnen

Trotz aller Anfeindungen: Schewtschenkows „Bruch mit Moskau" informiert zuverlässig

Arkadij Nikolajewitsch Schewtschenko ist ein lustiger Gesprächspartner. Es ist jedesmal ein Vergnügen, ihn in Amerika zu treffen. Man spürt, wie glücklich er ist, weil er nicht mehr ein sowjetischer Bürokrat sein muß, sondern ein freier Mensch sein kann. Er will sich nicht verstecken unter einem falschen Namen, nach einer plastischen Operation im verborgenen leben. Er sieht fast genauso aus wie vor acht Jahren, als er noch der höchste sowjetische UNO-Beamte war – und auch das ist seine Herausforderung an die von ihm verlassene Welt der Unfreiheit.

Arkadij N. Schewtschenko:
Mein Bruch mit Moskau
Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach.
432 S., 42 Mark.

Schewtschenko galt in Moskau nicht nur als Gromykos Berater im Botschafterrang, sondern auch als Politologe: Er schrieb Bücher und Artikel über Abrüstung und orientierte sich sehr gut im Dschungel der stets variierenden sowjetischen Stellungnahmen in dieser leider theoretischen Disziplin. Dann wurde er nach New York abgesandt – als sowjetischer Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs.

Sein jetzt auch auf deutsch vorliegendes Buch behandelt zunächst die Kinder- und Jugendjahre in einer nach sowjetischem Maßstab wohlhabenden Familie und das Studium an der Elitehochschule für internationale Beziehungen. Dann folgte die Aufnahme in den diplomatischen Dienst, Aufstieg in die Nomenklatura mit allen Privilegien dieser herrschenden Klasse. Was bewog den Erfolgreichen zur Flucht – und zwar buchstäblich, zu Fuß vom 26. Stock und durch nächtliche New Yorker Straßen zum rettenden Auto der CIA? Schewtschenkos Buch gibt darüber Aufschluß: Es war der Ekel, den die Berührung mit dem Alltag der sowjetischen Außenpolitik in ihm erregte. Die Schilderung dieses Alltags bildet den Hauptteil des Buches.



Arkadij N. Schewtschenko FOTO: AP

Schewtschenko ist kein „kalter Krieger". Mit bemerkenswerter Objektivität beschreibt er seine Erfahrungen. Er verheimlicht nicht seine Bewunderung für Gromyko und menschliche Sympathie zu seinem Gönner. Dasselbe gilt für das Porträt des sowjetischen Botschafters in den USA, Dobrynin. Der Autor stellt seine früheren Kollegen in Moskau, die ihn jetzt als einen „Verräter" beschimpfen müssen, nicht in düsteren Farben dar. Auch in Amerika ist für ihn nicht alles Gold. Das ist eine respekterregende Geisteshaltung bei einem Mann, der in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist und dessen Frau von New York nach Moskau verschleppt wurde, um dort sofort angeblich „Selbstmord" zu begehen.

Über die Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik will der Autor weder moralisieren noch spekulieren; er gibt die ihm bekanntgewordenen Fakten wieder. Gerade diese aneinandergereihten Tatsachen lassen den Leser mehr und mehr Schewtschenkos Ekel an der Moskauer Politik nachempfinden.

Vor allem ist das die zynische Handhabung der sowjetischen „Abrüstungsangebote": Lautstarke Beteuerungen des angeblichen Moskauer Wunsches, Nuklearwaffen zu vernichten, während die Kremlführung längst beschlossen hat, auf ihre Nuklearraketen nie zu verzichten, weil die UdSSR sonst ihr internationales Gewicht einbüßen würde. Dann die Geschichte der sowjetischen Vorbereitung eines Atomschlages gegen China. Nur die Angst vor einer möglichen amerikanischen Reaktion schreckte das Politbüro von der Tötung von Millionen Chinesen ab; aber die Sowjetdiplomatie setzte schon eine UNO-Resolution durch, die, zwar Anti-Atom-Parolen proklamierend, einen sowjetischen Atomangriff auf China juristisch ermöglicht hätte.

Schewtschenko schildert die übliche Atmosphäre aller sowjetischen Auslandsvertretungen: ständige Angst vor KGB-Aufsehern und Agenten; fieberhafte Einkäufe von möglichst billigen westlichen Waren, wobei man auf eine anständige Wohnung und sogar auf normales Essen verzichtet, um Geld zu sparen; Liebedienerei, um sich das Wohlwollen der Bosse zu sichern und somit möglichst lange im Ausland bleiben zu können. Ein ganzes Kapitel ist der Tätigkeit des KGB in Amerika, besonders in der UNO, gewidmet, die einer der Leiter der sowjetischen Spionage im Gespräch mit Schewtschenko als „unseren besten Beobachtungspunkt im Westen" bezeichnet.

Der deutsche Leser wird sich mit Interesse merken, was der frühere Sowjetbotschafter in Bonn im Zusammenhang mit sowjetischen Spionageerfolgen sagte: „Wir haben eben in Westdeutschland ein sehr gutes Netz." Auch eine andere nützliche Information findet man im Buch: Als Brandt im August 1970 in Moskau war, entschied das Politbüro nach ausführlicher Debatte, daß Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nur unter der Bedingung stattfinden dürften, daß die Bundesrepublik ein „sozialistischer", also kommunistischer Staat würde.

Weniger interessant ist die langatmige Schilderung der ungewollten geheimen Zusammenarbeit des Verfassers mit der CIA. Wahrscheinlich ist das ein Tribut an Mutmaßungen des amerikanischen Verlages über den Geschmack der US-Leser.

Vor einigen Wochen erklärte plötzlich eine linksliberale amerikanische Zeitschrift, Schewtschenkos Buch sei nicht vom Autor, sondern von anderen in CIA-Regie geschrieben worden (s. die WELT v. 2. August). Die Idee ist nicht taufrisch: Die Sowjets behaupteten dasselbe über das Buch des 1944 abgesprungenen Viktor Kravtschenko „Ich wählte die Freiheit", über Chruschtschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag, über seine Erinnerungen, über das noch in der Sowjetunion verfaßte Memoirenbuch von Stalins Tochter Swetlana. Merkwürdig ist nicht diese hilflose Verlegenheitserfindung der Sowjets; merkwürdig ist die Bereitschaft einiger Menschen im Westen, die „originelle" These ernst zu nehmen, daß Leute aus der UdSSR ihre Lebenserinnerungen ohne die CIA nicht zu Papier bringen können.

Nein, die in Schewtschenkos Buch vorgebrachte Information über die sowjetische Politik entspricht der Wahrheit. Dieses Buch ist jedem politisch interessierten Leser zu empfehlen. MICHAEL VOSLENSKY

Karl Koller im Jahre 1945 FOTO: DIE WELT

Zwischen Treueid und Einsicht

Das Buch Karl Kollers erschien ursprünglich 1949. Es handelt sich um die persönlichen Tagebuch-Notizen eines nüchternen Berufsoffiziers, der sich als Deutscher und Soldat fühlte und aus dieser Vorgabe heraus mit dem kranken Exzentriker Hitler und seinen Schranzen innerlich brechen mußte. Koller war Soldat. Zwischen Treueid, der ihn band, und der Einsicht, daß er mit seiner Arbeit gegen vitalste Interessen des eigenen Volkes verstieß, fand er für sich selbst den Kompromiß: Pflichterfüllung von Tag zu Tag, Fürsorge für Untergebene und Zivilisten, wo immer sich dazu eine Möglichkeit bot.

Karl Koller:
Der letzte Monat
14. April bis 27. Mai 1945. Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Chefs des Generalstabs der deutschen Luftwaffe. Bechtle-Verlag, München. 204 S., 28 Mark.

Inzwischen ist das Dritte Reich und sein Krieg unter allen denkbaren Aspekten abgehandelt, die Unmittelbarkeit der Koller-Notizen freilich kann von einem modernen Zeithistoriker nicht mehr erreicht werden. Darin also liegen Wert und Reiz des Buches. Davon abgesehen, werfen des Generals Notizen nach seinen letzten abenteuerlichen Flügen in das von der Roten Armee eingeschlossene und schon großenteils überrollte Berlin Schlaglichter auf die – im Wortsinne – vergiftete Atmosphäre im Befehlsbunker.

Deutlich wird, wie Bormann mehr und mehr in die ausgebrannte Hülse des Führers schlüpft. So schickt Hitler seinen nach dem Gesetz zum Nachfolger berufenen Reichsmarschall Göring unter Zeugenschaft Kollers nach Berchtesgaden mit der Begründung, er selbst wolle als Festungskommandant mit der Stadt Berlin untergehen. Ein paar Tage später läßt Bormann Göring auf dem Obersalzberg als Verräter verhaften, die Offiziere vom Stab Göring werden durch die Salzburger Gefängnisse geschleppt.

Koller entgeht ganz knapp der Verhaftung, kurz darauf wird er zum Bevollmächtigten Chef der Luftwaffe katapultiert und widmet sich nun zwei Wochen lang der „Befreiung" Görings. Obwohl er Göring nicht sehr mag, ist Koller in diesem Fall ganz eindeutig und mit guten Gründen der Meinung, Göring habe nach bestem Wissen gehandelt. Er habe, nachdem Hitler auf die Führung des Staates verzichtet hatte, alsbald versuchen wollen, wenigstens mit dem Westen zu einem Waffenstillstand zu gelangen, um die Gebietsnahme durch die vorstoßenden Sowjetarmeen möglichst gering zu halten.

Kollers Schlußbilanz nach dem Untergang der Luftwaffe, seine Wehmut über das am Ende sinnlose Sterben so vieler tapferer Idealisten, ist erschütternd. Ob er recht damit hat, daß der Krieg einen anderen Ausgang genommen hätte, wäre nicht durch die dauernden spontanen und mitunter geradezu zerstörerischen Interventionen Hitlers die Entwicklung, die sich für Deutschland so vielversprechend anließ, zunichte gemacht worden – das muß dahingestellt bleiben.

HERMANN RENNER

Was im Lager Ain Hilwe bei Sidon wirklich geschah

Zwei Bücher zur Geschichte der libanesischen Kriege

Am Vormittag des 8. Mai 1976 stand ich hinter Bäumen geduckt in einer Seitenstraße vor der Villa Mansour in der Nähe des Beiruter Museums. Auf dem Asphalt qualmten Autoreifen, von irgendwoher peitschten Geschoß-Garben, Granatwerfer-Einschläge kamen immer näher. Die libanesischen Abgeordneten rannten im Laufschritt in das provisorische Parlament, wo an diesem Tag Elias Sarkis zum Staatspräsidenten der zerrissenen Zedern-Republik gewählt wurde.

Bei Konzelmann findet die Wahl im friedlichen Schtaura in der Bekaa-Ebene statt, wo dann in Wirklichkeit erst im September die Amtseinführung von Sarkis unter syrischem Schutz erfolgte. Mit derartigen unstimmigen Kleinigkeiten darf man sich bei Konzelmann nicht aufhalten. Er erzählt am besten, wenn er selbst wirklich dabei war.

Gerhard Konzelmann:
Der unheilige Krieg
Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg.
512 S., 39,80 Mark.

Marcel Pott/Renate Schimkoreit-Pott:
Beirut – Zwischen Kreuz und Koran
Westermann Verlag, Braunschweig.
342 S., 39,80 Mark.

Über die Erstürmung der Kreuzfahrer-Feste Beaufort durch die israelische Golani-Brigade am 6. Juni 1982 berichtet Konzelmann, die Palästinenser dort hätten aufgegeben, weil sie ihre Munition verschossen hätten. Wir fanden noch Tage danach, als die ersten Journalisten ins Kampfgebiet kamen, jede Menge von sowjetischer Munition.

Konzelmann lobt den tagelangen Widerstand der Palästinenser im Lager Ain Hilwe bei Sidon. Schon wahr, aber ein fanatischer Scheich namens Ibrahim Hawim hatte Dutzende von Frauen und alten Männern als Geiseln genommen und ließ jeden erschießen, der flüchten wollte. Wir fanden dann beim Vorgehen mit den israelischen Truppen Zivilisten, ja auch Kinder mit tödlichen Schüssen im Rücken. Viele Palästinenser kämpfen in ziviler Kleidung, unter ihnen zwölfjährige Jungen mit Kalaschnikows, die berüchtigten RPG-Kids. Das nur zu den Klagen über die „Zivilopfer" in Libanon-Krieg.

Es ist zugegebenermaßen schwer, in einem Krieg Bilanz zu ziehen, der nach zehn Jahren noch immer andauert und noch ohne Entscheidung ist. Konzelmann, dessen Buch daher leider aktuell bleibt, legt wieder eine schnelle Fleißarbeit vor. Sie ist etwas zu ausführlich geraten, manchmal gut und spannend geschrieben; manchmal aber ist sie zu verwirrend, weil der Autor auch den irakisch-iranischen Golfkrieg und die islamische Revolution der Schiiten in Teheran und Beirut einbezieht.

Im großen und ganzen wird man Konzelmanns geschichtlichen Hintergründen und auch vielen politischen Analysen über Parteien und Personen zustimmen können. Ärgerlich ist indessen, daß der Verfasser selten zuverlässige Quellen nennt und der Verlag auf ein Quellenverzeichnis verzichtet hat. Wieso wurde in Jalta 1945 Libanon westlichem Einfluß zugesprochen? Wann und wer genau hat in Washington beschlossen, Libanon der PLO zu überlassen und die christliche Bevölkerung auszusiedeln? Und Präsident Reagan stimmte der israelischen Libanon-Invasion zu? Da sind die Phantasie und das Zurechtschustern von Gerüchten zur großen Weltpolitik wohl doch mit dem Autor durchgegangen.

Während aber bei Konzelmann der erfahrene Chronist und journalistische Erzähler immer wieder aus den Zeilen spricht, hat das Ehepaar Pott nach nur zweijährigem Aufenthalt im moslemischen West-Beirut ein Buch vorgelegt, das recht einseitig wirkt und die pro-palästinensischen und anti-israelischen Meinungen der dortigen Journalisten widerspiegelt, wie sie ebenfalls von deutschen Arabisten und in Orient-Instituten oft zu hören sind.

Es gibt einige gute Reportagen und zutreffende Aussagen in dem Buch, aber zu viele Unrichtigkeiten und theoretische Wiederkäuerei linker Meinungsartikler. Sadat wurde am 6. Oktober 1981 ermordet und nicht 1980, das Wort „Kataeb" für die christliche Falange-Partei ist im Arabischen Mehrzahl und nicht Einzahl, und der Terror-Angriff der PLO 1978 gegen den Bus auf der Küstenstraße fand vor Tel Aviv und nicht in Haifa statt.

Unsinn ist, daß Ägypten mehrere amerikanische Luftbasen beherbergt. Und israelische Offiziere genossen 1982 in Beiruter Bars und Restaurants keineswegs die „Köstlichkeiten" Libanons, weil sie statt dessen auf koschere Armee-Verpflegung eingeschworen waren.

Aber diese beiden Journalisten sind eben erst 1983 ins Land gekommen, sie haben noch viel zu lernen und zu verkraften. Wer die Wahl hat, sollte daher doch besser zu Konzelmann greifen. PETER M. RANKE

Ein Netzplan für die Wiedervereinigung?

Werner Obst spekuliert über die Wirkkraft der sozialen Marktwirtschaft

In seinem neuen Buch geht Werner Obst, ehemaliger „DDR"-Planungsfunktionär und engagierter Streiter für die Marktwirtschaft, den Gründen für Moskaus Abstieg zu einer ökonomischen Mittelmacht nach. Die von ihm angeführten Zahlen und Statistiken sprechen für sich: Seit 1960 ist die Sowjetunion vom zweiten Rang unter den großen Wirtschaftsmächten auf den vierten Platz zurückgefallen. Japan und die EG rangieren heute vor der UdSSR, der Abstand zu den USA hat sich noch mehr vergrößert – und im Hintergrund setzt bereits China zum Sprung in die Spitzengruppe der führenden Industrienationen an.

Für Werner Obst ergibt sich daraus zwingend: Moskau muß abrüsten und sein System reformieren, wenn es nicht weiter absteigen will. Für die Deutschen erwächst aus dem Versagen der östlichen Planwirtschaft die nationale Chance zur Wiedervereinigung. Der Westen braucht nur durch Wettrüsten und Handelsboykott ein wenig nachzuhelfen, um den Umschwung zu Demokratie und Marktwirtschaft im Osten herbeizuführen.

Das ist so vordergründig und kurzschlüssig gedacht, wie es dahingeschrieben wurde. Was Werner Obst übersieht: Die heute von ihm zu Recht hochgepriesene soziale Marktwirtschaft hat ihre Vorbildfunktion schon viel früher entfaltet, als das Herz des SED-Mitglieds Obst noch für die planwirtschaftlichen Dogmen des Sozialismus schlug, ohne daß es darüber zur Wiedervereinigung gekommen ist. Es gibt eben keine Automatik zwischen der unaufhaltsam wachsenden Wiedervereinigung und dem innerdeutschen Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle, wie Obst meint.

Des Autors rein ökonomische Betrachtungsweise vernachlässigt die eigentlichen Kraftquellen, aus denen ein totalitäres Regime seine soziale Stabilität bezieht.

Werner Obst:
Der rote Stern verglüht
Moskaus Abstieg. Verlag Langen Müller/Herbig, München. 204 S., 29,80 Mark.

Gewiß, in jedem anderen Land – darin ist dem Autor zuzustimmen – hätte ein Bruchteil der Schwierigkeiten, mit denen sich der östliche Verbraucher herumschlagen muß, längst zu einem Regierungswechsel oder zu einer Revolution geführt. Doch in der Sowjetunion hat die Plawirtschaft nie richtig funktioniert, war die Qualität der Ware und Dienstleistungen immer schlecht, gab es allzeit Versorgungsengpässe und Käuferschlangen. Schwarzmarkt und Korruption sind dort allgemein akzeptierte Regulative für die versagende Planwirtschaft, mit denen der einzelne zu leben gelernt hat. Alle Disziplinierungs- und Antikorruptionsfeldzüge haben daran nichts zu ändern vermocht.

Blättert man alte „Prawda"-Ausgaben durch, so findet man dort schon vor 20, 30 oder 50 Jahren die gleichen Klagen und Beschwerden wie heute. Im übrigen sorgt die Propaganda dafür, daß zumindest die große Masse der Sowjetbürger ihre Lage, verglichen mit der eines westlichen Dauerarbeitslosen, noch beneidenswert findet. Wo selbst der Agitprop-Holzhammer nichts ausrichtet, kümmert sich die Staatssicherheit darum, daß die Arbeiter nicht aufmüpfig werden. Der Stolz auf die patriotische Leistung in den schweren Jahren des Krieges und des Wiederaufbaus ist eine weitere, nicht zu unterschätzende Kraftquelle des Regimes.

Auf diesem Hintergrund nehmen sich die Gedankenspiele, wie sie Obst mit seinem „Netzplan" für die Wiedervereinigung anstellt, reichlich wirklichkeitsfremd aus. Er selbst bezeichnet die der sozialliberalen Ostpolitik zugrunde liegende Hoffnung auf einen politischen Ausgleich mit den vom Westen „ökonomisch herangeholten" Oststaaten als „unendlich naiv", befürwortet aber „aus rein nationalen Gründen" Milliardenkredite zur Stabilisierung des SED-Regimes. Hier liegt wohl die Seele des ehemaligen SED-Funktionärs, der noch heute seinen früheren Genossen „Idealismus" zugute hält, im Widerstreit mit den neu gewonne nen Einsichten des konsequenten Marktwirtschaftlers. Es ist ein Widerspruch, der das Obst-Buch trotz vieler beherzigenswerter Einzelerkenntnisse auf allen 200 Seiten wie der buchstäblich rote Faden durchzieht.

BOTHO KIRSCH

Land unrühmlicher Rekorde

Hella Schlumbergers Reportagen aus Bolivien

Der südamerikanische Befreier Simón Bolivar gab diesem Land den Namen, das wie kein anderes auf dem Subkontinent autochthon geblieben ist. Seine Binnen- und Höhenlage, der Pazifikküste beraubt und mit der höchstgelegenen Hauptstadt (La Paz, 4000 m) entrückt, begünstigen eine Rückbesinnung auf den Gemeinschaftssinn aus der Inka-Zeit.

Die für den Freiheitskampf junger Nationen schriftstellerisch engagierte Autorin, die „Sprachrohr der Sprachlosen" sein will, schildert aus mit-leidender Sicht das Ringen der Campesinos und Mineros in dem Andenstaat um ein menschenwürdiges Leben – eben den dort historischen Konflikt zwischen Indio-Mentalität und fremdem Utilarismus, vereinfacht als „ausländische Ausbeutung" angeprangert.

Hier liegen die Ursachen für die unrühmlichen Rekorde Boliviens: Mehr als 190 Umstürze seit der Unabhängigkeit (was die statistische Lebensdauer einer Regierung auf neun Monate begrenzt!) und eine astronomische Inflation von schätzungsweise 30 000 Prozent in diesem Jahr (wodurch Banknoten wertmäßig an zweiter Stelle aller Einfuhren stehen).

Seit der Conquista ist Bolivien stigmatisiert: Die Spanier beuteten nach 1645 die Silberadern aus, die Zinn-Barone förderten nach der Jahrhundertwende das „teuflische Metall", und seit zehn Jahren saugen internationale Rauschgift-Syndikate an der „Weißen Ader", am traditionellen Anbau der Coca-Pflanze in Bolivien.

Eingängig in der Beobachtung und Sprache sind Hella Schlumbergers Reportagen aus dem Minen-Revier, ihre Porträts indianischer Medizinmänner sowie bolivianischer Politiker und Gewerkschaftsführer; wo sie allerdings politische Schützenhilfe zu geben vermeint, sei es gegen die Gringos allgemein und die Amerikaner und Deutschen im besonderen, verfällt sie in faden Agitprop-Stil.

Hella Schlumberger:
Bolivien, schwankende Wiege der Freiheit
Land zwischen Kokainmilitärs und Demokraten. Bund-Verlag, Köln. 414 S., 29,80 Mark.

Diese Einsprengsel – und ihre feministischen Seitenhiebe gegen den fortschritthemmenden Machismo – halten sich jedoch in Grenzen. In der Bilanz ein Hintergründe und Zusammenhänge erhellendes Buch vor dem nächsten Putsch in Bolivien. m. n.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine" greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- **Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.**
- **Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahn- und klagebefugt ist.**
- **Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.**

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen" aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.
Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift
Name: ____
Straße: ____
PLZ/Ort: ____

ZAW
Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2.

